



### Warum diese Replik?

Wer – wie große Teile der westdeutschen Linken – in der ‚Internationalismusarbeit‘ nach Identifikationsobjekten sucht, wird zum Verständnis des *spezifischen* Charakters der italienischen Krise und der *neuen* Phase, die nach dem 20. Juni 1976 nunmehr offenbar geworden ist, kaum vordringen, also die Frage nach verallgemeinerbaren Schlußfolgerungen aus dem höchsten gesellschaftlichen und politischen Niveau, das Klassenkämpfe wie auch neue gesellschaftliche Bewegungen in Italien im letzten Jahrzehnt auf europäischer Ebene erreicht haben (1), gar nicht rational stellen können: Es bleibt nur die apoelogetische Identifikation der Klassenbewegung mit der ‚Taktik der proletarischen Partei‘ – und deren indirekter Stützung der christdemokratischen Regierung (2) – oder die nicht minder platte Ablehnung des ‚Eurorevisionismus‘ als neuerlichem (sozialdemokratischen) Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus (3). Renate Genth und Elmar Altvater machen in ihrer zweiteiligen Darstellung von „Politischen Konzeptionen und Schwierigkeiten der KPI in der Krise“ (4) einen wichtigen Anfang, die Diskussion um den ‚Eurokommunismus‘ über jene Identifikations-/Ablehnungslogik hinauszutreiben; und genau diese Richtung ist auch in unserem Versuch der Ergänzung und Kritik intendiert. Da diese Kritik auch für die Interpretation der aktuellen Phase der italienischen Systemkrise Konsequenzen hat, seien ihre wesentlichen Aspekte kurz vorangestellt.

Unsere generelle Kritik läßt sich *erstens* bereits am ‚einerseits/andererseits‘ der Analyse der A. festmachen, d. h. an der Trennung zwischen ‚ökonomischem Teil‘ (26, S. 79 - 93) und dem die – in dieser Form u. E. problematischen – Kontinuität der KPI-Politik seit Gramsci behandelnden ‚politisch-strategischen Teil‘ ihrer Darstellung (26, S. 93 - 108). Eine solche Trennung bzw. Unvermitteltheit von ökonomischer und politischer Analyse ist u. E. *auch* Ausdruck grundlegender Schwierigkeiten der westdeutschen marxistischen Diskussion (auch und gerade in der *Prokla* 9), die

- 1 Zu dieser Frage s. die Diskussion in *Links* und den *Internationalismusrundbriefen* des Sozialistischen Büros. Für uns waren auch die Erfahrungen und Diskussionen wichtig, die wir mit italienischen und deutschen Genossen auf politischen ‚Seminaren‘ in Salecina und Westberlin gemacht haben. (Der Artikel wurde abgeschlossen im August 77.)
- 2 so z.B. *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* Nr. 3/76, S. 118.
- 3 s. z.B. *KVZ*, 16.5.77, „Professor Altvaters Hymne an den ‚Eurokommunismus‘“; *Arbeiterkampf*, 13.6.77, „‚Gürtel enger schnallen‘ statt Sozialismus – Die ‚höhere Gesellschaft‘ des Herrn Berlinguer“.
- 4 in *Prokla*, Heft 26 und 27 (Ziffern im Text beziehen sich im ff. auf Heftnummer und Seitenangabe).

bisher ökonomische Struktur und politisches System allenfalls durch ‚Ableitung‘ des einen aus der anderen (dem Aufsuchen des ‚Ursprungs‘ ihrer ‚Verdoppelung‘ o. ä. . .) in Beziehung zu setzen versuchte.

*Zweitens* hat solche Trennung natürlich für jeden der beiden Aspekte der Analyse Folgen. So wird im ‚ökonomischen Teil‘ vorschnell von der ökonomischen Krise, aus der Offensive der Bourgeoisie auf eine Defensive der Arbeiterbewegung geschlossen. Ebenso wenig jedoch, wie aus der ökonomischen Krise generell auf die Wahrscheinlichkeit eines Siegs der Arbeiterbewegung geschlossen werden kann (wie es die vorherrschende, ‚ökonomistische‘ Auffassung der III. Internationale war), folgt aus ihr die Schwäche der Arbeiterbewegung in der jeweils aktuellen ‚politischen Konjunktur‘ des Kräfteverhältnisses der Klassen. Dies auch deshalb nicht, als es in den letzten Jahren gerade die gesellschaftliche und politische Stärke der Arbeiterbewegung gewesen ist, die die Krise des herrschenden Blocks und des ‚alten Entwicklungsmodells‘ zumindest beschleunigt hat. Eine der Voraussetzungen dafür liegt in den ‚Veränderungen der Lohndynamik‘ auf der Grundlage der ‚zunehmend politischen Grenze, die die Gewerkschaftsorganisation und die Formen von ‚Wohlfahrts-(Staats-)Kapitalismus‘ der Flexibilität des Geldlohns nach unten entgegensetzen, oder, wenn man will, des *immer mehr irreversiblen Charakters von Nominalloohnerhöhungen*“ (5). In Italien ist es auf dieser Basis in dem Maße zu im Vergleich zu anderen europäischen Ländern höheren Lohnsteigerungsraten und zur Angleichung der verschiedenen Lohngruppen und -zonen gekommen, wie es in der Gewerkschaftsbewegung in den 60er Jahren über einen Prozeß innerer Krise und Selbstkritik gelang, eine der veränderten Klassenzusammensetzung entsprechende artikulierte Forderungspolitik und Organisationsstruktur (die der Rätegewerkschaft) zu entwickeln (6).

Indem dieser Prozeß von einer kontinuierlichen Stärkung der Kommunistischen Partei und einer neuen politischen Rolle der Gewerkschaftsbewegung ebenso begleitet war wie von einer weit über die Arbeiterklasse hinausgehenden Infragestellung kapitalistischer Produktions- und Lebensverhältnisse, führte dieses Bündel gesellschaftlicher Widersprüche zu einer *Hegemoniekrise* des christdemokratischen Regimes (im doppelten Sinne der Krise der Hegemonie *innerhalb* des herrschenden Blocks und der Krise der Hegemonie *über* die subalternen Klassen und Schichten), die sich vom Scheidungsreferendum 1974 bis zum 20. Juni 1976 vertieft hat und auch in der neuen Phase keineswegs überwunden ist. Wird nun aus der ökonomischen Krise einseitig auf eine Defensivposition der Arbeiterbewegung geschlossen, so besteht die Gefahr, daß die (Parteien der) Arbeiterbewegung schon von einer *gelungenen* Offensive der herrschenden Klassen ausgehen und in gewisser Weise ihre Niederlage – und die Lösung der Hegemoniekrise im Sinne einer Neuformierung des herrschenden Blocks – bereits antizipieren (7). Was dabei dann herauskommt, ist die *Amendola*’sche Variante des

5 Bruno Trentin (seit 1962 ununterbrochen Sekretär der kommunistisch-sozialistischen Metallarbeiter FIOM-CGIL, dann der einheitlichen Metallarbeitergewerkschaft FLM), „Economia e politica nelle lotte operaie dell’ultimo decennio“, in: ders., „Da sfruttati a produttori“, Bari (De Donato) 1977, S. XIX.

6 s. zuletzt B. Trentin, „Le conquiste dei sindacati nell’epoca dell’operaio massa“, in: *Rinascita*, Nr. 28/77 sowie ausführlich das in Anm. 5 angeführte Buch.

7 Dies entspräche einem ‚Zwei-Etappen-Modell‘ der Volksfrontpolitik, zunächst gegen den

„Historischen Kompromisses“ „als ein strategischer Schritt zur Bannung der faschistischen Gefahr, der faschistischen Lösung der Krise“ (26, S. 107). Faschistisch-autoritäre Herrschaftsformen (bürgerliche ‚Ausnahmestaaten‘ im Poulantzas’schen Sinn (8)) aber haben sich in der bisherigen Geschichte der Arbeiterbewegungen nur im Gefolge einer Niederlage der Arbeiterklasse und der anderen subalternen Klassen durchsetzen können. Für einen solchen offen-repressiven Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung ist die Arbeiterklasse, die in den letzten zwanzig Jahren keine offene Niederlage mehr eingesteckt hat, zu stark: In allen südeuropäischen Ländern hängt die Frage, welche Strategie die herrschenden Klassen einschlagen werden, entscheidend von der Politik der Linken ab. Bei der *derzeit* von den europäischen Bourgeoisien eingeschlagenen ‚Austerity‘-Variante (die nicht von Chirac, sondern von Giscard d’Estaing, nicht von Spinola, sondern von Soares, nicht von Fraga Iribarne, sondern von Suarez, nicht von Fanfani oder De Carolis, sondern von Andreotti und Moro durchgeführt wird!) kommt es überhaupt nicht zu einer Politik struktureller Reformen in Staat und Gesellschaft, ohne die jedoch die Errungenschaften der Klassenbewegung nicht erfolgreich verteidigt werden können.

Dabei liegt *drittens* die aktuelle Gefahr nicht allein im Angriff auf die materiellen Errungenschaften der Arbeiterbewegung, sondern in einer Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses der Klassen: „Die Bourgeoisie bemüht sich bei solchen Eroberungen, die aufgrund schwerer Krisen gemacht wurden, *zuerst* immer, das *wirkliche Kräfteverhältnis*, auf dem diese Eroberungen fußten, zu verändern und *erst danach* zum unmittelbaren Angriff auf die Eroberungen selbst überzugehen“ (9), ein Prozeß, der in Italien eher gleichzeitig als nacheinander versucht wird. Es ist klar, daß ein entscheidendes gesellschaftliches Terrain, auf dem dieser ‚Stellungskrieg‘ (Gramsci) von Arbeiterklasse und herrschendem Block entschieden wird, die (alten und neuen) Mittelschichten sind, aber auch jene (als politische Akteure z.T. neuen) gesellschaftlichen Subjekte (10), die durch die organisierte Arbeiterbewegung nicht oder nur unzureichend repräsentiert werden.

Eine Darstellung dieser komplizierten Dynamik ist aber *viertens* nur möglich, wenn sie über eine Analyse des herrschenden Blocks vermittelt ist, d.h. eine Analyse des Zusammenhangs von christdemokratischem Regime, dem bisherigen ‚Entwick-

---

Faschismus die Demokratie zu verteidigen, um danach einen Kampf um sozialistische Reformen zu führen, eine Politik, die *nach* dem Sieg des Faschismus in einer Situation der umfassenden *Defensive* der Arbeiterbewegung entwickelt wurde. Vgl. Lucio Magri, „Il valore e il limite delle esperienze frontiste“, in: *Critica Marxista*, a. III, N.4 (luglio-agosto 1965), S. 36-63.

8 vgl. Nicos Poulantzas, „Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus“, München 1973.

9 Poulantzas, a.a.O., S. 147.

10 Gesellschaftliche Gruppen wie ‚Frauen‘, ‚Studenten‘, ‚Arbeitslose‘, ‚Jugendliche‘, ‚Soldaten‘ usw. können nicht auf empirische Abteilungen der Klassenstruktur reduziert werden; ihre Kämpfe bringen ein ‚mehr‘ an gesellschaftlichen Bedürfnissen zum Ausdruck, das u.a. durch ihre Zugehörigkeit zu spezifischen institutionellen Sphären (Familie, Uni etc.) überdeterminiert wird. Vgl. Carlo Donolo, „Oltre il ‘68. La società italiana tra mutamento e transizione“, in: *Quaderni Piacentini*, a.XV, N.60-61 (ottobre 1976), S. 17 ff. und passim.

lungsmodell' des italienischen Kapitalismus und gesellschaftlichem System („società civile“). Und genau jener entscheidende Vermittlungsschritt fehlt in der Analyse der A.

(Während wir uns im ersten Teil dieser Replik beschränken auf eine Analyse der kapitalistischen Offensive und der Zusammensetzung des mit dem christdemokratischen Regime verbundenen herrschenden Blocks, sollen in einer Fortsetzung die strategischen Probleme der italienischen Linken diskutiert werden: Identitätskrise der KPI; neue politische Rolle der Gewerkschaftsbewegung; alternative Krisenlösungen; neue Linke; neue gesellschaftliche Bewegungen . . . )

„ . . . und rechts, und links, und balancè . . . “

1. Ein gutes Jahr nach den italienischen Parlamentswahlen im Juni 1976 wurde im Juli dieses Jahres ein „programmatischer Pakt“ der sechs Parteien des sogenannten Verfassungsbogens (11) aus der Taufe gehoben, der in erster Linie indes die programmatische Absprache zwischen der christdemokratischen Minderheitsregierung unter Andreotti und der zu ihr in einem „Oppositionsverhältnis des Nicht-Mißtrauens“ stehenden Kommunistischen Partei besiegelt. Vorausgegangen waren ein Vierteljahr Verhandlungen zwischen den Sechs, wohl auch eine „Übung zur Gewöhnung an die kommunistische Mitwirkung“ (12): Genau 30 Jahre ist es her seit dem Rauschmiß der KPI aus den Regierungssämtern im Mai 1947 durch den damaligen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der DC, De Gasperi, langjähriger Lehrmeister des heutigen Regierungschefs Andreotti, der als seine rechte Hand bis zu seinem Tod galt.

Handelt es sich bei diesem Pakt um die etwas spät vollzogene politisch-parlamentarische Umsetzung des Kräfteverhältnisses der politischen Parteien, das im Juni '76 per Stimmzettel zutage getreten war: zwei Sieger, zwei Massenparteien, Polarisierung der Parteienlandschaft und an den Rand gedrängte kleinere Parteien, Patt-Situation also? D.h. um eine Stabilisierung des politischen Systems, des „quadro politico“? Stabilisierung aber inwiefern? Ist dieser formale Paktabschluß alles andere, nur nicht eine neue Mehrheit oder gar neue Allianz ganz nach dem Motto: „es hat sich gar nichts, wirklich gar nichts geändert . . .“, wie Sprecher der DC hervorhoben (13), oder aber doch ein „Markstein der politischen Entwicklung“, „ein weiterer Schritt zur vollständigen Überwindung der alten antikommunistischen Vorurteile“, wie die kommunistische Parteileitung demgegenüber feststellt (14), und damit ein Schritt in Richtung „Historischer Kompromiß“, ein Schritt zum Übergang zum Übergang . . . ?

Aber bleiben wir einen Moment bei der Frage der *Stabilisierung* der politisch-parlamentarischen Szenerie. Wenn überhaupt, wird diese von ganz anderen Vorgängen bestimmt werden: Wahlen in Frankreich stehen an (März 1978), Sieg des Links-

---

11 bestehend aus Christdemokraten (DC), Kommunisten (PCI), Sozialisten (PSI), Sozialdemokraten (PSDI), Republikanern (PRI) und Liberalen (PLI). Parlamentarische Gegner des Abkommens sind: Demoproletarier (DP: Wahlkartell von Manifesto-PdUP, Avanguardia Operaia und Lotta Continua), Radikale (PR) und Neo-Faschisten (MSI).

12 NZZ, 20. Juli 1977.

13 NZZ, 15. Juli 1977.

14 NZZ, 5. Juli 1977.

kartells oder Stabilisierung der Bürgerfront; Wahlen zum Europaparlament (voraussichtlich Mai/Juni 1978) als Stimmungsbarometer auch für Italien; und schließlich, ab Mitte 1978, Beginn des „semestre bianco“, d. h. eine Auflösung des Parlaments und Neuausschreibung von Wahlen sind nicht mehr möglich, so schreibt es die italienische Verfassung vor (Art. 88), da ein halbes Jahr später die Neubesetzung des Präsidentenamtes bevorsteht. Fürs nächste wird wohl daher, hinter der Fassade stabilisierter Mehrheitsverhältnisse, die Gratwanderung zwischen der von der Bourgeoisie betriebenen „Rückkehr zur Normalität“ und der Konsolidierung und schrittweisen Verschiebung der politischen Achse nach links in verschärften Formen auf der realen Ebene weitergehen. Die Entwicklung im ersten Jahr nach den Wahlen läßt an der verschärften Gangart keinen Zweifel.

2. Mit den Wahlen von 1976, Kulminationspunkt ungeheurer Massenbewegungen, die die italienische Gesellschaft nach '68 tiefgreifend verändert haben, scheint nun auch die „politische“ Dimension des italienischen Lebens in die offene Krise geraten zu sein. Nicht nur „1968“ ist zu Ende (15) – aus den Fugen geraten sind auch einige grundlegende Mechanismen formaler bürgerlich-demokratischer Herrschaftsausübung der ersten italienischen Republik: Das traditionell-formale Repräsentationsmodell ist rissig geworden, „Protagonisten“ wie Agnelli und Rossi di Montelera vertreten sich selbst im Parlament; die „Opposition“, ein ohnehin stumpf gewordenes Damoklesschwert für die seit der Gründung der Republik ununterbrochen regierende Democrazia Cristiana, ist durch die Politik des „Nicht-Mißtrauens“ vonseiten der Arbeiterparteien, KPI und PSI, sowie der anderen laizistischen Parteien gänzlich obsolet geworden; das Parlament selbst ist in seinen traditionellen Funktionen weiter denn je ausgehöhlt, während Kontakte und Verbindungen zwischen den parlamentarischen Ausschüssen und der gesellschaftlichen Realität zunehmen (16).

Die 1976 eingetretene Patt-Situation hat die KPI dazu benutzt, einen Fuß in die spaltweit geöffnete Tür zur direkten Regierungsbeteiligung (nicht gleichbedeutend mit „Machtbeteiligung“) zu setzen (17): Ein Schritt weiter auf dem Weg zum „Historischen Kompromiß“? Aber was hieße das *präzis*? Ein Schritt auf dem Weg gesellschaftlichen Wandels („mutamento“), d. i. der evolutionären Anpassung an die gewandelten sozioökonomischen Kräfteverhältnisse, oder aber ein Schritt aus dem Ka-

15 vgl. u.a. C. Donolo, a.a.O.

16 In diesem Zusammenhang ist die Aufteilung der Ausschüsse bzw. ihrer Vorsitzenden auf die einzelnen Parteien nach den Wahlen '76 von größter Bedeutung. Die KPI stellt die Vorsitzenden in insgesamt 7 Ausschüssen, 4 davon im Abgeordnetenhaus (Finanzen, Verfassungsfragen, öffentliche Arbeiten, Transport) und 3 im Senat (Haushalt, Landwirtschaft, Gesundheit); die DC behält den Vorsitz von 10 Ausschüssen (zuvor 11), insbesondere den des Innenausschusses (vgl. *Le Monde* v. 28.7.76).

Zur Herausbildung eines Netzes von Beziehungen zwischen dem Parlament (den repräsentativen Institutionen generell) und basisdemokratischen Institutionen (consigli di quartiere, consigli tributari etc.), vgl. Luciano Gruppi, „Über Demokratie und Sozialismus“, jetzt abgedruckt in: „Sozialismus für Italien, Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung“, Hamburg/Westberlin 1977, S. 133-151.

17 Als Überblick zur Entwicklung vgl. „La politica paralitica“, in: *collettivo*, Bollettino Cendes, N.3/4 (luglio-ott. 1976), S. 5-7.

pitalismus hinaus, ein Schritt zu einem Übergangsprozeß („transizione“)? (18) Eins hat die Erfahrung des vergangenen Jahres sicherlich gelehrt: die schlichte (und bequeme) Schwarzweißmalerei pro oder contra und, damit verbunden, die ideologische Art der Auseinandersetzung mit der Strategie der KPI verbauen jegliche Einsicht in die derzeit stattfindenden realen Prozesse. „Die“ einzig richtige Antwort, die „große Alternative“ zeichnen sich nicht ab: es ist vielmehr unumgänglich, sich auf die ganze Widersprüchlichkeit der Entwicklung, auf ihre reale Ambivalenz konkret einzulassen und sich mit den praktischen und, wenn man so will, gewöhnlichen, nicht ‚historischen‘ Kompromissen zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, zwischen herrschendem Block, Organisationen der Arbeiterbewegung und antikapitalistischen Bewegungen, auseinanderzusetzen – jenseit des Fixierbildes „Historischer Kompromiß“, egal nun ob Popanz oder verhimmelter Ausdruck unserer eigenen frustrierten Erfahrungen und Bedürfnisse.

### Kompromisse auf demochristianisch

3. Im ersten Teil ihres Artikels zeichnen R. G./E. A. ein Bild der KPI als ruhender Pol mit konzentrisch wachsender Hegemonie im Meer von Krise, gesellschaftlicher Disgregation und politischer Korruption. Im zweiten Teil ist dann von „Widersprüchen innerhalb der KPI“ die Rede, deren „eher appellhaft betriebene Vereinheitlichung“ „an Glaubwürdigkeit verloren“ hat, was neues „autonomes Kampfpotential“ auf den Plan bringt (dessen „kompromißlose Ablehnung der KPI-Politik“ zur „Basis für einen neuen Antikommunismus werden kann“, 27, S. 106 f.) Diese Unsicherheit in der Akzentsetzung ist u. a. Ergebnis der Entwicklung seit dem 20. Juni 76 und insbesondere seit Februar dieses Jahres, die deutliche Anzeichen eines Wiedergewinns der Initiative der DC ebenso zeigt wie eines Verlusts der Fähigkeit der organisierten Arbeiterbewegung, gesellschaftliche Mobilisierung mit staatlich-institutioneller Initiative zu verbinden. Während der KPI also eine Krise ihrer Fähigkeit erlebt, gleichermaßen ihrem Anspruch als ‚Regierungspartei‘ und als ‚Kampfpartei‘ gerecht zu werden (19), handelt die Christdemokratie zwar in einer *Rollenverteilung* von Partei und Regierung, weist aber – trotz der Affäre De Carolis – keinerlei Anzeichen einer inneren Spaltung auf, sei es in ‚gemäßigten‘ und ‚reaktionären‘ Flügel (Moro versus Fanfani), sei es in statischen ‚Regime-‘ und dynamischen ‚Veränderungsflügel‘ (Moro versus Zaccagnini) (20), in Differenzierungen also, die vor dem 20. Juni in aller Schärfe ausgebrochen waren (21).

- 
- 18 Wir werden im folgenden hier und dort auf die Analyse von Donolo (op.cit.) zurückkommen, die einen praktikablen Zugang zur Auseinandersetzung mit dem „Fall Italien“ zu erschließen scheint, da sie die Momente der Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der derzeitigen Entwicklung stärker in das Blickfeld zu rücken vermag.
- 19 Vgl. hierzu das Interview mit Lucio Lombardo-Radice, Aldo Natoli und Peter Kammerer, das in der Nr. 2 der ‚*Zeitung für eine Neue Linke*‘ (Westberlin, Herbst 77) erscheint.
- 20 s. Luigi Corvatta, „Moro e il ‚primato‘ della DC“, *Mondo Operaio*, Nr. 4/77, S. 21 ff.
- 21 s. Antonio Miniutti, „La DC entre deux lignes“, in: *Politique Aujourd’hui*, Sept./Okt. 1976, S. 9-20.

In der Tat ist die Christdemokratie – die sicherlich eines der wichtigsten Probleme für „Politische Konzeptionen und Schwierigkeiten der KPI in der Krise“ darstellt – im ‚ökonomischen Teil‘ der Analyse von R. G./E. A. allenfalls indirekt anwesend. Im Kapitel über die Konzeption des ‚Historischen Kompromisses‘ bleibt dann von der Analyse der Strukturprobleme des italienischen Kapitalismus als Aussage über das politische System nurmehr übrig, daß die DC einerseits *Volkspartei*, andererseits jedoch als *Klientelsystem* „der herrschenden Klasse und vor allem (der) parasitären reaktionären Schichten“ für die „korporative Zersetzung des gesellschaftlichen Organismus, . . . die Pfründewirtschaft, die allgegenwärtige Korruption und den übergroßen Teil der heute aufsummierten sozialen, ökonomischen und politischen Probleme“ sowie der „fast vollständigen Disfunktionalität der Verwaltung“ verantwortlich sei (26, S. 104). Daraus wird dann gefolgert, daß dieser Widerspruch (der auch „der entscheidende Widerspruch des Historischen Kompromisses“ sei) nach der Seite der DC als ‚forza popolare‘ aufgelöst werden müsse. Eine zusätzliche „Bedingung dafür bietet die Einsicht eines großen Teils der herrschenden Klasse, daß der korporative Zerfall großer gesellschaftlicher Bereiche in Einzelinteressen die eigene Hegemonie bereits zersetzt hat“. (26, S. 107)

Dieses Argument vom angeblichen Widerspruch zwischen Klientelismus und Massenbasis der DC ist schon deshalb wenig überzeugend, als es den *Erfolg* der Christdemokraten nicht erklärt: nicht allein die Tatsache, „daß in Westeuropa keine Partei in einem der parlamentarischen Systeme über eine vergleichbare Regierungskontinuität verfügt“ (26, S. 105), sondern vor allem den Umstand, daß die Wahl vom 20. Juni nicht einen, sondern *zwei* ‚Sieger‘ hatte. Die DC hat nämlich ihr erneutes (und für sie selbst in diesem Ausmaß überraschendes) Aufholen um 3,2 % gegenüber dem 15. Juni 1975 nicht nur auf Kosten der Rechtsparteien (Liberale, MSI) gemacht, sondern auch auf Kosten jener laizistischen Parteien, die sich seit mehreren Jahren bereits um eine reformkapitalistische Alternative zur Christdemokratie bemühten (Republikaner, Sozialdemokraten, z. T. auch bestimmte, vor der Wahl vom ‚*Corriere della Sera*‘ publizistisch geförderte Tendenzen der Sozialisten). Das von den Prototypen jenes ‚aufgeklärten‘ Großkapitals G. Agnelli und G. Carli (22) lancierte Projekt eines großbürgerlichen ‚partito laico‘ (der die industrielle Entwicklung von der ‚Last‘ der christdemokratischen Klientel zu befreien vermöchte (23)) ist ebenso jämmerlich gescheitert wie Jahre zuvor der Versuch einer sozialdemokratischen Alternative zur organisierten Arbeiterbewegung. Alle Fraktionen der Bourgeoisie sind sich (nach dem 20. Juni noch deutlicher als zuvor) darüber im klaren, „daß einzig die DC für ihre Herrschaft eine ausreichende Massenbasis bereitstellen kann – ausreichend auch, um dem Wachstum der KPI zu begegnen – und gleichzeitig als Staatspartei die Besetzung der öffentlichen Macht garantiert, auf die ein reifer Kapitalismus nicht verzichten kann“. (24)

22 Agnelli: FIAT-Chef und bis letztes Jahr Vorsitzender des italienischen Unternehmerverbandes Confindustria; Carli (bis dahin Präsident der Banca d'Italia) sein Nachfolger im Vorsitz der Confindustria.

23 s. die knappe Zusammenfassung dieser ‚Strategie Agnelli‘ bei Paolo Sylos Labini, „Saggio sulle classi sociali“, Bari (Laterza) 1974, S. 148 f.

24 C. Donolo, „Mutamento o transizione? Politica e società nella crisi italiana“, Bologna (Il

4. Was also durch das Wahlergebnis und durch den ‚Wegfall antikommunistischer Vorurteile‘ in der sich mühsam anbahnenden Routine von Konsultationen der beiden Hauptparteien bisher keineswegs infrage gestellt worden ist, ist die zentrale politische Kontrolle der DC über den realen Prozeß staatlicher Entscheidungsfindung (25), also das, was in der Konzeption Aldo Moros über die ‚spezielle Natur‘ der italienischen Demokratie die ‚*centralità democristiana*‘ heißt. „In dieser Hinsicht“ – erläutert der christdemokratische Historiker Pietro Scoppola (26) zum dreißigsten Jahrestag des Rauswurfs der Kommunisten aus der italienischen Regierung in einer Sonderausgabe der KPI-Wochenzeitung *Rinascita* – „bedeutet das programmatische Abkommen dieser Tage, das nach dreißig Jahren die Kommunistische Partei wieder einbezieht, nicht nur keine Minderung der zentralen Rolle, die die DC gehabt hat, sondern ist deren nachträgliche und kohärente Bestätigung. . . . Durch die jüngsten Übereinkünfte wird die Kommunistische Partei in jene Rolle der ‚centralità‘ einbezogen, die bisher die überwiegende Aufgabe der DC gewesen ist“. (27)

Einbindung der Kommunistischen Partei in einen nach christdemokratischer ‚centralità‘ funktionierenden Staat, das wäre die politische Formel eines *gelenkten ‚mutamento‘* (s.o.), eines Prozesses, der auch institutionelle Veränderungen einschließt, aber eine Übersetzung der in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Stärke der Arbeiterbewegung in ‚Elemente des Sozialismus‘ ausschließt, die alternative Formen der Institutionalisierung (der Vergesellschaftung der Politik) erfordern. Wenn es richtig ist, daß sich mit der seit dem 20. Juni eingetretenen Phase der ‚Stellungskrieg‘ zwischen Arbeiterbewegung und herrschendem Block unübersehbar auch in *alle* Ebenen des politischen Systems hineinverlagert hat, so daß man in dieser Phase mit C. Donolo von einem ‚Primat der Politik‘ sprechen kann, so erwachsen gerade aus dieser veränderten Schlüsselrolle staatlicher Vermittlung für eine organisierte Arbeiterbewegung, die sich (wie es in der KPI-Presse heißt) „zum Staat macht“, neue Chancen, aber ebensoviele neue Gefahren (28). Wenn es dem herrschenden Block nämlich gelingen sollte, durch Mitverantwortlichkeit der Arbeiterparteien für die Austerity-Politik das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern, d. h. die Handlungsfähigkeit der gesellschaftlichen Subjekte der vorherigen Phase aufzureiben, den möglichen alternativen gesellschaftlichen Block zu desintegrieren (und *damit* in eine Defensivposition zu bringen!), dann . . . ist es durchaus möglich, daß er in einer *späteren* Phase zum Frontalangriff auf die gesamte Klassenbewegung übergeht und den Weg einer autoritären Lösung wählt. Für absehbare Zukunft jedoch verdeckt das Reden vom ‚Histo-

---

Mulino) 1977, S. 95 (Das Buch ist eine erweiterte Fassung seines bereits mehrfach zitierten Aufsatzes).

25 s. die Ausführungen Aldo Natolis im oben angezeigten Interview.

26 Scoppola ist u.a. Autor des Buches „La proposta politica di De Gasperi“, Bologna (Il Mulino) 1977, das in der KPI-Presse ziemliche Aufmerksamkeit erfahren hat, s. etwa die Rezension in *Unita*, 29.6.77.

27 *Rinascita*, Nr. 28/77.

28 Auf die Rolle, die innerhalb der KPI-Strategiedebatte dabei die v.a. an Gramsci anknüpfende Diskussion um die Rolle des Staates für einen demokratischen Weg zum Sozialismus im Westen gerade in den letzten beiden Jahren spielt, soll in einer Fortsetzung dieses Artikels eingegangen werden.

rischen Kompromiß als strategischem Schritt zur Bannung der faschistischen Gefahr“ (26, S. 107) den Blick auf die *reale* Gefahr eines christdemokratischen Machtssystems, das keineswegs mit autoritärem Immobilismus gleichzusetzen ist, sondern sich unter Aufrechterhaltung seiner zentralen Rolle *verändert* (29).

### „Schlag mit der Keule“

5. Die DC hat also nach den Wahlen weder ihre „centralità“ eingebüßt noch ihre Initiative: Unmittelbar nach ihrer Installierung setzte in der Tat die DC-Minderheitsregierung zu einer breitangelegten Gegenoffensive an: zuerst auf ökonomischer Ebene mit der sogenannten „stangata“, ein in der breiten italienischen Öffentlichkeit als „Schlag mit der Keule“ empfundener *Kursumschwung* in der Wirtschaftspolitik, und ziemlich bald darauf, im Winter/Frühjahr 76/77, mit der Inangasetzung einer unverhüllten ‚law-and-order-Politik‘.

Bleiben wir zunächst bei der wirtschaftspolitischen Gegenoffensive. „Um die Schwierigkeiten der Politik der KPI in der gegenwärtigen Krise wirklich diskutieren zu können . . .“, so die Autoren (26, S. 78 f.), ist es einfach unerlässlich, so meinen wir, sich den *politischen Gebrauch* vor Augen zu führen, den die italienische Bourgeoisie von der ökonomischen Krise macht. Sicherlich, unter kapitalistischen Bedingungen setzt die Bourgeoisie allerorts und allezeit die Krise als „ökonomischen Bereinigungsmechanismus“ und als Hebel zur politischen Stärkung ihrer Herrschaft ein (a.a.O., S. 77); und ebenfalls keine Frage, daß die gegenwärtige weltweite Krise auch Italien voll erfaßt hat (spätestens seit 1973). Aber was die Autoren als „Symptome der italienischen Wirtschaftskrise“, als „Strukturprobleme des italienischen Kapitalismus“ zur näheren Kennzeichnung des „enormen Ausmaßes der Krise“ in Italien und ihrer „besonderen Schärfe“ darstellen, nimmt sich ganz objektiv und neutral aus und nicht schon wieder als das Ergebnis einer ganz bestimmten Politik, so daß dann auch die „Logik der Sachzwänge“ (in Anführungsstrichen versteht sich) ihren Platz findet (26, S. 83). Es wird zwar diffus von „Fehlentwicklungen in der italienischen Wirtschaft“ gesprochen (26, S.80: wer aber, in wessen Interesse, entwickelt da eigentlich was „fehl“?) und ebenso erfährt man wie nebenbei, daß die Inflation in Italien, anders als andernorts, bewußt gefördert worden ist und „seit 1972 zu weit höheren als den durchschnittlichen Inflationsraten geführt und die Krise des Systems noch verschärft“ hat (26, S.88). Wie aber ist dann der abrupte Kursumschwung des herrschenden Blocks in Richtung Austerity-Politik, kurz nach den Wahlen und im Rahmen einer reaktionären Großoffensive, präzise einzuschätzen (26, S.89 ff.), den die Autoren zaghaft mit Begriffen wie „rigider Sparpolitik“, „Restriktionspolitik“ u. ä. umschreiben?

---

29 Gerade hierüber hat in der italienischen Linken bereits unmittelbar nach den Wahlen eine breite Diskussion stattgefunden. Zu den wichtigsten Beiträgen gehören: Mario Tronti, „La questione democristiana dopo il 20 giugno“, *Rinascita*, Nr. 30/76; Valentino Parlato, „Comportamenti elettorali nell capitalismo di stato“, *il manifesto*, 1.7.76; Lidia Menapace, „La DC del 21 giugno e ancora un partito?“, *il manifesto* 2.7.77.

6. Im folgenden wird anhand einiger zentraler Problemzusammenhänge umrissen, worauf diese Replik einen Teil ihrer Kritik stützt, und damit zugleich die Perspektive anskizziert, in der sich unser Meinung nach eine kritische, d. h. nicht bloß identifikatorische (bzw. diffamatorische), Auseinandersetzung mit den realen, sehr konkreten „italienischen Erfahrungen“ bewegen sollte.

Zunächst: zur Einschätzung des unmittelbar nach den Wahlen eingeleiteten Deflationskurses vor dem Hintergrund des Jahres 1976, dessen Entwicklung dramatisch ins „Abrutschen“ geraten war (26, passim). Bei genauerem Hinschauen indes weist die wirtschaftliche Entwicklung Italiens i.J. 1976 keineswegs durchgängig derart alarmierende Daten und Tendenzen auf, wie es hingegen das Bild zu suggerieren versucht, das die Regierung Andreotti seit August/September 1976 mithilfe eines geschickten Spiels mit Daten und Fakten und einer gut orchestrierten Dramatisierung der durchaus vorhandenen Krisentendenzen zu vermitteln verstand (29 a). Gegenüber dem Krisenjahr 1975 verzeichnete das Jahr 1976 vielmehr einen leichten, allerdings sehr widersprüchlichen Aufschwung (30): und diese Widersprüchlichkeit in der Entwicklung hat die materiale Basis dafür abgegeben, daß die Mystifizierungspolitik Andreotti überhaupt „greifen“ und auch weit hinein in Teilen der Arbeiterschaft und der Linken überhaupt auf Resonanz stoßen konnte. Immerhin aber – und dies bestätigten auch die unlängst veröffentlichten endgültigen Daten (Istat, OECD) – , betrug die

29a Aus der Fülle der Publikationen, vgl. u.a. die chronologische Aufbereitung sowie die kommentierenden Artikel, in: *collettivo*, a.a.O.; weiterhin Paolo Bossi, „La politica economica del governo Andreotti“, und Adriano Giannola, „L'Economia italiana nel 1976“, beide in: *Unità proletaria*, neue Folge a.1, marzo 1977, resp. 25-29, 30-33; sowie Maria Luisa Pesante, „La Rinascità del capitalismo in Italia“, in: *Quaderni Piacentini*, a.XVI, n.64 (luglio 1977), S. 108-112.

30 *Tab.1 Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Italien, 1975 - 76*  
(Verändg. in %)

	1975	1976
Bruttoinlandsprodukt	- 3.7	4.5
priv. Konsum	- 1.8	3.5
Investitionen	-12.7	- 2.1
Importe (Waren + Dienstl.)	-10.0	10.0
Exporte	3.1	11.0
Verbraucherpreise	19.3	16.0
Löhne (Industrie)	28.0	18.0
Arbeitslosenquote	3.3	3.8
eingetrag. Arbeitssuchende	17.6	19.8

---

Kapazitätsauslastung (Gesamtindustrie)      70.5 %                      72.8 %

Quelle: Relazione previsionale e programmatica; ISTAT; Relazione sulla situazione economica del paese; Relazione della Banca d'Italia.

in: P. Bosi, a.a.O., S. 27, und A. Giannola, a.a.O., S. 31.

Die Veränderungen i.J. 1976 sind in Relation zu der schweren Krise i.J. 1975 zu sehen: insgesamt ist 1976 nur wieder das Niveau von 1974 erreicht worden. Für unseren Zusammenhang geht es in erster Linie darum, den *relativen* Aufschwung und dabei die erheblichen Unterschiedlichkeiten vor Augen zu führen.

Produktionssteigerungsrate (Industrie) 1976 in Italien 12 % und war damit im europäischen Vergleich einsame Spitze, was nicht wenig Erstaunen hervorrief (31).

An dieser von ‚mehr Produktion/weniger Beschäftigung‘ gekennzeichneten Situation setzte die Deflationspolitik der DC-Regierung an. Sicherlich war dies keine Entscheidung aus (wirtschaftlich) heiterem Himmel, das zeigen auch die hier angegebenen Daten sehr deutlich, doch kann man sich schlecht der Frage entziehen: warum eigentlich Restriktionspolitik bei steigender Produktion? (32) M. a. W., den Motivationszusammenhang dieses Kurswechsels schwergewichtig auf der ökonomischen Ebene suchen und abhandeln zu wollen, klärt wenig und führt notgedrungen zu einer rein kapitalimmanenten Ökonomie-Diskussion (vgl. etwa die Auseinandersetzungen der A. mit der Lohnkostenfrage, a.a.O., passim) sowie zur Ausklammerung von zentralen Problemen, die in jeder Diskussion zur (Natur der) Krise in Italien zusammen mit den anstehenden Problemen einer Transformationsstrategie mitzureflektieren sind.

So bleibt nach der Lektüre der faktenreichen Darstellung von R. G./E. A. offen, welcherart Krise die italienische ist, welchen Stellenwert sie in der kapitalistischen Entwicklung Italiens einnimmt: Ist sie lediglich eine zyklische ökonomische Krise innerhalb der kapitalistischen Expansion, der „mit der Rationalisierung des ‚Akkumulationsmodells“ (26, S. 89) beizukommen wäre, oder aber eine historische Strukturkrise, die mittel- und langfristig alle ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Gleichgewichte in Frage stellt – eine Krise also nicht innerhalb der kapitalistischen Expansion sondern dieser Gesellschaftsformation selbst? (33) Oder anders

- 31 Diese Entwicklung bildet keine Ausnahme, wie der folgende Vergleich mit den Steigerungsraten anderer hochentwickelter kapitalistischer Länder zeigt:  
(1970 = 100)

	1976 (Nov.)
Japan	128.9
Italien	128.2
Kanada	125.4
Frankreich	123.0
USA	122.2
BRD	113.5
GB	102.6

Quelle: Bulletin des IWF, zitiert v. Pesante, a.a.O., S. 106.

Die andere Seite der Medaille, die Schattenseite der Entwicklung in Italien wird 1976 dadurch bestimmt, daß Investitionen (-2.1), Produktion von Investitionsgütern (-4.2) und Kapazitätsauslastung (65.4–81.3) weiterhin rückläufig sind bzw. niedrig liegen: Die Produktionssteigerung wird also in erster Linie durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft erzielt. Wie jüngste Untersuchungen ergeben haben, liegen die Steigerungsraten in den mittleren und kleinen Betrieben am höchsten. Diese Entwicklung wird begleitet von einer insgesamt stagnierenden Beschäftigungslage in der Industrie, einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, sowie einer verstärkten „Rückkehr aufs Land“ (Beschäftigungszuwachs in der Landwirtschaft i.J. 76 3.1 % – im Mezzogiorno sogar um 4.6 %), sowie einer weiteren Aufblähung des tertiären Sektors: +3.8 %.

- 32 zu grundsätzlicheren Überlegungen hierzu vgl. Vittorio Foa, „Occupazione e compatibilità“, in: *Unità proletaria*, a.1 n.1 maggio 1975, S. 19-22.
- 33 als Überblick zur Debatte in der italienischen Linken, vgl. „Uscire dalla crisi o dal capitalismo in crisi?“, Atti del convegno di Ariccia, 8/9 febr. 1975, Hrsg. PdUP, Roma 1975 (Alfani editore).

gewendet: handelt es sich bei den spezifischen Krisenerscheinungen in Italien um die Probleme eines *rückständigen* Kapitalismus, oder aber um die konkret-historischen Erscheinungsformen eines *reifen* Kapitalismus? (34) Die weitreichenden Implikationen einer solchen *vorab* zu leistenden Klärung liegen auf der Hand; es geht jedenfalls nicht, diese Frage zwischen den Zeilen zu belassen bzw. sie auf der Basis von „sowohl als auch“ in die Darstellung einzustreuen, wie es die A. tun – und schon gar nicht, wenn es für die westdeutsche Linke darum gehen soll, und darum geht es!, aus dem hiesigen sehr anders gelagerten (kapitalistischen) Krisenzusammenhang heraus, von den „italienischen Erfahrungen zu lernen“.

## Kapitalimmanentes

7. In enger Verbindung mit der Frage nach der Natur des Kapitalismus und seiner Krise in Italien steht die Einschätzung der angedeuteten, nun schon historischen Vorliebe der italienischen Bourgeoisie, zur Waffe der Deflations- und Stabilisierungspolitik zu greifen – um damit zu einem weiteren Punkt in unserer Replik zu kommen, der ebenfalls nur kurz umrissen wird.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des *relativen* wirtschaftlichen Aufschwungs i. J. 1976 bedeutet der abrupt einsetzende Deflationskurs der DC eine primär *politische* Entscheidung, die mit ihrem Angriff auf die gleitende Lohnskala (*scala mobile*) die Gewerkschaften meint sowie (zuerst einmal) die beschäftigte Lohnarbeiterklasse und damit eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses der Klassen im Visier hat. Primär politisch deshalb, weil sie darauf zielt (und bisher mit Erfolg), die divergierenden Kapitalinteressen, die nicht zuletzt von der seit 1973 betriebenen Abwertungs politik der Lira/Inflation sehr unterschiedlich profitierten, an eine gemeinsame Strategie zu binden, über alle Differenzen hinsichtlich eines langfristigen wirtschaftspolitischen Programms hinaus, das z. Zt. noch völlig offen ist, und zugleich die Kämpfe und Errungenschaften der Arbeiterschaft der letzten zehn Jahre *aufeinmal* auszulöschen und spalterische Tendenzen in sie hineinzutragen.

Es geht also um wesentlich mehr als um die materiellen Errungenschaften der Arbeiterkämpfe, mehr als um einen Kampf um die „Höhe der Lohnkosten“ (26, S. 91), als um „Korrekturen auf der Ebene der Verteilung zu Gunsten des Profits und zu Lasten der Arbeiterklasse“ (S. 89), als nur um einen Angriff „auf die Reallohnposition der Arbeitermassen“ (S. 93) – wenngleich es das alles natürlich auch ist: Es geht

34 Hierbei wird natürlich nicht bestritten, daß *vergleichsweise* rückständige Formen und entsprechende gesellschaftliche und politische Probleme zuhauf vorhanden sind; es geht darum, diese „Rückständigkeiten“, „Eigentümlichkeiten“ etc. nicht einfach als „mitgeschleppte Probleme“ zu benennen, durch die sich der von der DC beherrschte Block dreißig Jahre lang „so durchmogelt“ (26, S. 88), selbst wenn das auf der Erscheinungsebene so aussehen mag; sondern es geht darum, diese „Rückständigkeiten“ etc. als *rückständig verkleideten Ausdruck* einer mittlerweile weit entfalteten Realität zu begreifen. Hier stellt sich vielmehr die Frage nach deren *funktionalen* Charakter für die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, für die Reproduktion des italienischen kapitalistischen Systems, für seine Bourgeoisie und nicht zuletzt nach Anknüpfungspunkten und Orientierung für eine Transitionsstrategie. Mehr dazu im späteren Zusammenhang.

um das Machtverhältnis von Kapital und Arbeit in den Fabriken und, darüberhinaus, um einen harten Kurs kapitalistischer Restauration (35).

In diesem Lichte erhält die „Lohnkosten-Debatte“ leicht mystifikatorischen Charakter (36) in dem Maße, wie sie isoliert und per se angegangen wird; sie führt zu einer Verwischung der Fronten, zu getrübbten Blicken, anstatt zu klären, wem welche Zahlenangaben und internationale Vergleiche dienen, sowie zur Vermengung von Zahlen und Relationen. Zur Verdeutlichung zwei Beispiele:

- a) Das korrekte, von den Gewerkschaften und den Arbeitern kontrollierte Funktionieren ‚ihrer‘ scala mobile hat, nicht zuletzt in der Folge des seit 1973 in Gang gesetzten Mechanismus Inflation/Liraabwertung, zu beträchtlichen Steigerungsraten der Arbeitskosten geführt. (vgl. Anm. 35). Im Jahr 1976 betrug die Steigerung hingegen nur noch + 3,4 % trotz weiterhin hoher Inflationsrate (22 %): D. h. also, gerade als der Angriff auf die im europäischen Maßstab angeblich überdurchschnittlichen hohen Lohnstückkosten einsetzte, hatte die scala mobile in ihrer Dynamik nachgelassen (37).
- b) Kein Zweifel zwar, daß die Steigerungsraten der Lohnstückkosten in Italien in den letzten Jahren die höchsten waren, nach Großbritannien (38); doch das Arbeitskostenniveau liegt in Italien weiterhin erheblich unterhalb dem vergleichba-

- 
- 35 Wie die Steigerungsraten der Arbeitskosten je Produkteinheit in den Jahren 1974 (+15.8 %) und 1975 (+35.6 %) beispielsweise zeigen, ist die bewußte Förderung der Inflation (seit 1973) nicht mehr allein dem Kapital zugute gekommen: die mit steigenden Inflationsraten nach oben ‚gleitende‘ Lohnskala sorgte „automatisch“ für einen Ausgleich. Hier schon wird deutlich, daß es der Bourgeoisie bei ihrem Kampf gegen die scala mobile um die Wiederherstellung bereits verletzter kapitalistischer Spielregeln geht. In aller Deutlichkeit äußerte sich in diesem Sinne der neue Chef der Confindustria, Carli, in einem Interview zum Auftakt der „stangata“: Die Lohnkostenfrage ist für ihn eher zweitrangig im Vergleich zum Problem des Wirkungsmechanismus der scala mobile selbst. „In Wirklichkeit geht es darum, der scala mobile ihren eigentlichen automatisch wirkenden Mechanismus zu nehmen, der die Inflation anheizt. . . Ihr Automatismus gehört zu jenen spontan und pervers wirkenden Mechanismen, die allein unsere Wirtschaft leiten und damit jeglicher Herrschaftsgewalt (potere) die Möglichkeit aus der Hand nehmen, die Situation zu lenken und zu kontrollieren. Ich glaube, ein derartiger Sachverhalt ist für niemanden akzeptabel: die Situation gehört wieder unter Kontrolle. Sonst entgleitet uns nicht nur die Wirtschaft: diese Entwicklung würde mit der Krise der demokratischen Institutionen einhergehen . . .“. Vgl. *Corriere della Sera*, 14.10.76.
  - 36 Dazu zählt u.a. die Vermengung der Begriffe ‚Lohnkosten‘ (costo del salario) und ‚Arbeitskosten‘ (costo del lavoro). Vgl. zu dieser wichtigen Unterscheidung R.G./E.A., 26, S. 91 und Anm. 32.  
Da es im folgenden zunächst nur um das Aufzeigen von Größenordnungen geht, werden wir die Begriffe jeweils nach Materiallage anführen.
  - 37 Diese Entwicklung erklärt sich mit dem für 1976 bezeichnenden Zuwachs der Arbeitsproduktivität (Verschärfung der Ausbeutung), die einherging mit der Freisetzung von Arbeitskräften v.a. in der Großindustrie, einem ungehindert flexiblen Gebrauch der Arbeitskraft (Mobilität), sowie einem leicht verbesserten Auslastungsgrad der Kapazitäten.
  - 38 vgl. *Frankfurter Rundschau*, 9. Okt. 1976.

rer kapitalistischer Länder (39) (vgl. hierzu etwa die Bemerkung des Andreotti-Beraters, Andreatta – zit. 26, S. 89 f.).

8. Der Vergleich zwischen der italienischen Lohn- bzw. Arbeitskostenentwicklung und der anderer Länder gerät auch noch in einem weiteren Zusammenhang an die Grenze der Demagogie, und zwar wenn es um das Verhältnis von italienischen Arbeitskosten geht und um Italiens Weltmarktposition. Dieser Zusammenhang steht im Vordergrund der von der Regierung Andreotti vorgelegten „Relazione previsionale e programmatica“ (Sept. 76): Zahlungsbilanzdefizit (und Inflation) gelten als das Hauptübel; im Interesse des Ausgleichs der Zahlungsbilanz wird die Ankurbelung der Exporte gefordert, die nur über eine Arbeitskostensenkung zu erreichen sei und deren Maßstab das Kostenniveau der fortgeschrittenen Länder ist(40); Ausgleich der Zahlungsbilanz und Stabilisierung der Lira als bestimmende Richtlinien der Krisenlösung im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Kreditwürdigkeit des italienischen Kapitals setzen unter derzeitigen Bedingungen eine Drosselung der Entwicklung in Italien voraus: „zu hohe“ Steigerungsraten (zugunsten etwa einer Ausweitung der Beschäftigung) würden der Preisspirale zu neuerlichem Auftrieb verhelfen und damit den Wechselkurs der Lira sowie die Zahlungsbilanz unmittelbar belasten angesichts der internationalen Exponiertheit und Abhängigkeit des italienischen Kapitals (41). Eine gesteigerte Ausfuhrfähigkeit, reduzierte Importe, Drosselung von privatem Konsum und öffentlichen Ausgaben, rückläufige Inflationsraten und hohe Arbeitslosenzahlen bilden die Eckwerte in diesem wirtschaftspolitischen Orientierungsrahmen.

Dem hier angesprochenen Problem der Stellung Italiens auf dem Weltmarkt kommt also ein zentraler Stellenwert in den Krisenlösungsstrategien des herrschenden Blocks zu. Es ist allerdings sehr zu bezweifeln, ob das Heilmittel tatsächlich in

39 Tab. 2

Arbeitskosten<sup>+</sup> und Weltmarktposition

	Arbeitskosten je Std. in d. verarb. Industrie 1976 auf DM-Basis	Exportumsatz je Einwohner 1975 in DM
Schweden	20.5	5140
Dänemark	18	4350
Belgien	17.5	7220
Bundesrepublik	17	3650
USA	16	1230
Schweiz	15.5	4920
Frankreich	10.5	2370
Italien	9.5	1520
Japan	8.5	1240
Großbritannien	7.5	1910

40 + Arbeitskosten: Stundenlöhne einschl. Personalzusatzkosten; *Die Welt*, 21.II.1977, (N.43) vgl. Tab. 2.

41 auf diese Zusammenhänge weist mit aller wünschenswerten Offenheit der Bericht des Leiters der Banca d'Italia, Baffi, hin, ein Jahr nach Ingangsetzung der Deflationspolitik; vgl. *Il Manifesto*, 1 VI 77.

erster Linie in der Relation ‚niedrigere Löhne/mehr Exporte‘ zu sehen ist, wie es die Mobilisierungskampagne der Regierung für ‚ihre‘ stangata weismachen will.

Zunächst nur wieder einige Überlegungen grundsätzlicher Natur zu diesem Problem, das von den Autoren zwar in seiner Wichtigkeit erwähnt, gleichwohl in ihren Ausführungen nur en passant behandelt wird. Es ist sehr die Frage, ob das seit dem Zweiten Weltkrieg bis in die 60er Jahre hinein funktionierende „Modell“ der Integration des italienischen Kapitals in den Weltmarkt heute noch ebenso gültig ist; m. a. W. ob es angesichts der derzeit stattfindenden qualitativen Veränderungen und Verlagerungen in der Produktionsstruktur des internationalen Kapitals für das italienische Kapital überhaupt noch möglich sein wird, mit gedrosselten Lohnkosten – gehen wir von dieser Hypothese einmal aus –, den Technologie- und Produktivitätsrückstand gegenüber anderen Ländern auszugleichen (42). (vgl. R. G./E. A., 26, S. 82 f.) Zu bedenken ist vielmehr, daß das bisherige Entwicklungsmodell des italienischen Kapitalismus der Jahre ’56 - ’73, das in entscheidendem Maße von dem Export langlebiger Konsumgüter (40 % der Auto-, 60 % der elektrischen Haushaltsgeräteproduktion) „gezogen“ wurde (43), keine große Entwicklungsperspektive vor sich hat: Angesichts vielmehr rückläufiger Nachfrage, Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung im Sinne einer weltweiten Verlagerung der verarbeitenden Industrien in Niedriglohnländer mit (noch) stabilen politischen Verhältnissen sowie der Konzentration der high sophisticated technology in den hochindustrialisierten Ländern selbst heißt es daher – so die Argumentation in Unternehmerkreisen –, sich schleunigst den „Marktmechanismen anpassen“. Im Falle Italiens und dessen „starker Verflechtung in den kapitalistischen Weltmarkt“ (26, S. 83), *zugleich* aber schwachen Position dort, so ist hinzuzufügen, kann diese sich abzeichnende Perspektive indes nur bedeuten: rigorose Verengung der Produktionsstruktur, strikt deflationistische Krisenstrategie mit hoher permanenter Arbeitslosigkeit, verschärfte Drosselung des privaten Konsums sowie Abbau öffentlicher Leistungen und Ausgaben.

### Alternativen zum „Modell der erweiterten Reproduktion von Arbeitslosigkeit“

9. Dieser Zusammenhang von

a) hohem Verflechtungsgrad mit dem Weltmarkt sowie *zugleich* subalterner Stellung in der internationalen Arbeitsteilung, die bei Krisenverschärfungen das italienische Kapital der Abwälzung der Krisenlasten durch die starken nationalen Kapitale ausliefert (44);

---

42 Zuletzt „gelang“ diese Krisenlösungsstrategie 1964-67; vgl. u.a. den Beitrag von Fernando Vianello, in: „Uscire dalla crisi o dal capitalismo in crisi“, a.a.O., insbes. S. 85.

43 vgl. dazu beisp. den Beitrag von Renato Levrero, in: „Uscire dalla crisi etc.“, S. 62-69; sowie ders., „Un caso di subimperialismo – Le componenti internazionali della crisi italiana“, Torino (Musolini) 1976.

44 Diese Gefahren der *unterschiedlichen* Krisenauswirkungen im Zusammenhang mit der jeweiligen Weltmarktstellung der nationalen Kapitale, die den nationalen Bourgeoisien höchst unterschiedliche Spielräume bei der Handhabung der Krise ‚nach innen‘ beläßt, müssen unbedingt in eine Reflexion über „Gefahren und Chancen für die Arbeiterbewegung Westeuropas in der Krise“ mit einbezogen werden. (26, S. 77)

- b) traditionell deflationistischem Wirtschaftskurs der italienischen Bourgeoisie, ihrer „tradizionale vocazione deflazionistica“ (45): Ausweitung der Außenmärkte, nicht des Binnenmarkts; Beibehaltung erheblicher Einkommensunterschiede selbst in Konjunkturaufschwüngen; hohe permanente Arbeitslosigkeit, die sich unterschiedlich zusammensetzt (strukturelle A. + neue/technologische A. + zyklische/deflationsbedingte A.);
- c) sowie einer Einschätzung des italienischen Kapitalismus (s. o.), zu dessen ‚normalen‘ Funkzionieren eben „Eigentümlichkeiten“ gehören (26, S. 80) wie Unterakkumulation, Nicht-Auslastung aller Ressourcen, Wachstum auf Sparflamme; dieser komplexe Zusammenhang also, muß bei der Diskussion über anstehende Krisenlösungsstrategien in Italien mitvermittelt werden. Dabei stellt die ökonomische Dimension des Problems nurmehr die eine Seite der Medaille dar und muß mit dem konkreten herrschenden Block in Italien vermittelt werden.

10. Der skizzierte Zusammenhang von Grad und Qualität der Verflechtung des italienischen Kapitals in den Weltmarkt und derzeitiger Krise, die die Spielräume für systemimmanente Krisenlösungen zunehmend einschränkt, bildet einen zentralen Ansatzpunkt für Konzepte *alternativer* Krisenüberwindungsstrategien. Sie sind in den linken Flügeln der Gewerkschaften, der KPI, des PSI sowie im PdUP erarbeitet worden, vermittelt mit den Erfahrungen aus den Kämpfen der letzten Jahre. *Alternative* Krisenlösungen in dem Sinne, daß sie über die Absicht hinausgehen, einen Damm der Abwehr gegen die Strategie der Bourgeoisie zu errichten, die den elastischen Gebrauch des ‚Faktors Arbeitskraft‘ sowie das ‚freie Unternehmertum‘ wiederherstellen möchte: Sie sind alternativ, insofern sie eine offensive, strategische Konzeption beinhalten, die sowohl an den konkreten Inhalten und Erfahrungen der Arbeiterkämpfe und der gesellschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre anknüpft (Vollbeschäftigung, Egalitarismus, öffentlicher statt privater Konsum) als auch an den konkreten Verwertungsschwierigkeiten des italienischen Kapitals im Weltmarktzusammenhang. Diese Konzeptualisierung ist im Lichte eines enormen Lernprozesses der italienischen Linken zu sehen, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Chile und Portugal den internationalen Kontext als *den* Springpunkt einer jeden Veränderungs- und Transitionsstrategie zu begreifen gelernt hat. Immer deutlicher erweist sich in der Tat das gefährliche Defizit an Reflexion und Theorie zur Frage der Implikationen des internationalen Kräfteverhältnisses für Prozesse der Veränderung und Transition in Westeuropa – offenes Problem seit den Tagen der Dritten Internationale, das nichts von seiner Brisanz verloren hat (46) – , ebenso wie der

---

45 so F. Vianello, a.a.O., S. 83; vgl. aber auch die anderen Beiträge; weiterhin Mariano D'Antonio, „Sviluppo e crisi del capitalismo italiano 1951-1972“, Bari (De Donato) 1973, insbes. S. 152 ff.

Zum traditionell-historischen Charakter dieser Politik sei hier nur an die beiden Beispiele drastischer Deflationspolitik in der jüngeren Geschichte Italiens erinnert: 1926/27 und 1947, die beidesmal im Zusammenhang standen mit Restrukturierungsprozessen auf nationaler Ebene im Hinblick auf eine Re-Integration des italienischen Kapitals auf neuer Stufe in der internationalen Arbeitsteilung.

46 vgl. beisp. Silvia Boba, in: *Il manifesto*, v. 28. 12. 75.

Mangel an konkret-historischer Erfahrung mit Übergangsprozessen in entwickelten kapitalistischen Industrieländern mit starker *und* zugleich abhängiger Weltmarktintegration (Problem der Revolution im Westen).

Hier stellt sich das in der Linken viel diskutierte Problem der „*Kompatibilität*“. Wie selbst der zitierte Bericht des Bankpräsidenten es deutlich ausspricht: eine Krisenlösung für das italienische Kapital nach den für es geltenden besonders „unbarmherzigen Gesetzen des kapitalistischen Weltmarktes“ (R.G./E.A., 26, S. 81) ist nur mit einer Verengung der italienischen Produktionsbasis und einer Ausweitung der (permanenten) Arbeitslosigkeit (bei gleichzeitig sinkenden Löhnen) vorstellbar. Nach diesen – mit der „Logik der Sachzwänge“ vollständig kompatiblen – Vorstellungen haben wir es daher mit einem „Modell der *erweiterten Reproduktion von Arbeitslosigkeit*“ zu tun (so die *Manifesto*-Überschrift zum Baffi-Bericht), für dessen Funktionieren die von Regierung und Unternehmern geforderten „Opfer“, die „*stangata*“, gerade die Voraussetzung bilden. Während also Lohnabbau, wachsende Arbeitslosigkeit, Produktivitätssteigerung bei verengter Produktionsbasis den mit den „Zwängen des Weltmarkts“ vereinbaren, kompatiblen Weg zur (vorübergehenden) Lösung der Krise des italienischen Kapitals weisen, gerät diese „*compatibilità*“ selbst zunehmend in das Fadenkreuz der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen. Es ist ein bislang wenig beachteter, doch äußerst bezeichnender Ausdruck der Stärke und Intensität der Klassenauseinandersetzungen in Italien und ihrer weitreichenden Folgen, die sich immer deutlicher in der eingangs angesprochenen *Krise der Hegemonie* der Bourgeoisie über die subalternen Klassen manifestieren, daß Daten und Sachverhalte, wie Inflationsraten, Zahlungsbilanzdefizite, Produktivität u.ä. ihres vermeintlich neutralen, objektiven Charakters entschleiert werden: die bestimmte Form der Integration Italiens in den Weltmarkt wird nicht mehr ohne weiteres als objektive Gegebenheit hingenommen, als vorgegebene Grenze, an der die Forderungspolitik der Gewerkschaften bei der Aufstellung ihrer langfristigen Kampfziele gewissermaßen Halt zu machen hätte (47). M.a.W.: Zahlungsbilanzlöcher, Kapital-

47 Als Beispiel dafür, wie sehr sich (so die englischen Ökonomen B. Rowthorn und M. Nuti) innerhalb des letzten Jahres das „Klima der Diskussionen über Wirtschaftspolitik in Italien“ und auch innerhalb der KPI verändert hat, mag die jüngste breite Debatte dienen, die über mehrere Monate in den Spalten der KPI-Wochenzeitung *Rinascita* (Jg. 77, Nr.: 16, 19, 21, 22, 25, 30, 31) stattfand. Die linken Ökonomen M. Pivetti und G. De Vivo schlugen zur Bekämpfung des Zahlungsbilanzdefizits und zur Ausweitung der Beschäftigung u.a. auch den Weg von *Importbeschränkungen* und -Kontrollen vor (Rowthorn/Nuti noch weitergehend Lizenzierungen und Rationierungen in ausgewählten Sektoren), um dadurch *Importsubstitutionen* v.a. im Bereich der Lebensmittel- und industriellen Basisproduktion (Chemie, Metallverarbeitung, Elektrowerkzeuge u.ä.) zu fördern. Weniger die Antwort von G. Napolitano für die KPI-Führungsgruppe ist bemerkenswert (der die Vorschläge von Pivetti/De Vivo/Rowthorn/Nuti u.a. als „nationalistisch und operaistisch beschränkt“ zugunsten der bekannten KPI-Position „für einen offenen europäischen Markt“ und, im Sinne des „Internationalismus“, gegen „einseitige administrative Importbeschränkungen“ zurückwies, ähnlich auch Luigi Spaventa) als der Umstand, daß, je mehr die KPI für die aktuelle Wirtschaftspolitik Andreottis mitverantwortlich erscheint, die Debatte um Alternativen zur derzeitigen Form der italienischen Integration in den Weltmarkt verstärkt in der KPI und ihrer Presse „hochkommt“. (s.a. Frederico Caffè, „Ma perché avere paura di scelte protezionistiche?“, *Unità*, 8.2.77). Eine mögliche Um-

flucht, Auslandsverschuldung, Konkurrenzschwierigkeiten etc. etc., kurzum die Mechanismen und Spielregeln selbst werden durch ihre Einbeziehung in die *politische* Auseinandersetzung zunehmend „politisiert“ und damit werden ihre klassenunspezifischen neutralen Hüllen zunehmend fadenscheiniger: Zutage tritt dabei, daß die „Kompatibilitäten“ die „Säulen des Herkules“ der bestehenden Produktionsverhältnisse bilden (V. Foa). Was nur heißen kann: die Kämpfe gehen weiter, ‚dann‘ und ‚weil‘ sie mit den Kompatibilitäten des Systems zusammenprallen. Oder auch: „Wer vom Klassenkampf ausgeht, doch gleichzeitig die Grenzen, die die Kompatibilitäten setzen, akzeptiert, der bringt sich in eine eigenartig widersprüchliche Position.“(48)

11. Derart Überlegungen führen konsequenterweise dazu, eine Krisenlösung, die *vorrangig* auf verstärkte Auslandsnachfrage orientiert ist, abzulehnen. Nicht die materialen Außenbeziehungen sollen die Binnenentwicklung bestimmen (s. Bericht Baffi), sondern *umgekehrt*, diese haben sich konkret von den Erfordernissen des gesellschaftlichen Umgestaltungs- und Transformationsprozesses her zu bestimmen – eine Umkehrung also, die die materialen Außenbeziehungen vom Kopf auf die Füße stellt: Nur in *relativer* Isolierung von der derzeitigen Form der Weltwirtschaftsintegration lassen sich politische wie ökonomische Konditionierungsversuche von außen abschwächen und, vor allem, die Widersprüche der anderen nutzbar machen (49). Die möglichen Konsequenzen und Realisierungsbedingungen solcher alternativen Krisenlösungen lassen sich an dieser Stelle nur summarisch skizzieren:

- Modifizierung im Produktionsbereich des Verhältnisses von externer, auf Austausch mit dem Weltmarkt gerichteten Komponente, und interner Komponente, mit dem langfristigen Ziel, erstere zugunsten der zweiten zu reduzieren, nicht jedoch abzuschaffen (Es handelt sich also *nicht* um Autarkiepläne in neuen Gewändern, wie Napolitano und Spaventa ihren Diskussionspartnern jüngst in der *Rinascita* wieder einmal vorgeworfen haben, s. Anm. 47);
- Aufrechterhaltung eines am Weltmarkt orientierten Produktionsbereichs mit hoher organischer Zusammensetzung zum Ausgleich der Zahlungsbilanz;
- gleichzeitig Importrestriktionen (Luxusgüter) und Förderung von Importsubstitutionen (Ausweitung der agrarischen Selbstversorgung; allein die Importe von Fleisch, Butter, Käse und Zucker machten 1976 mehr als 50 % im Defizit der Bilanz der laufenden Posten Italiens aus);
- parallel dazu zunehmende Ausweitung von Produktionsstrukturen mit hoher Arbeitsintensität, niedriger Technologie und damit natürlich niedriger (kapitalistischer) Produktivität und Konkurrenzfähigkeit.

Eine solche von linken Strömungen innerhalb der Arbeiterorganisationen geforder-

---

orientierung der KPI-wirtschaftspolitischen Optionen wird aber sicher u.a. vom Ausgang der französischen Parlamentswahlen abhängen.

48 Augusto Graziani, „La strategia della divisione“, in: *Quaderni Piacentini*, a. XIV, N.56 (luglio 1975), S. 45; sehr aufschlußreich auch V. Foa, a.a.O., sowie die Beiträge in: *Unita proletaria*, a.I., N.5 (dic. 1975), bes. das Interview mit Riccardo Lombardi, dem Wortführer des linken Flügels der PSI.

49 Luciana Castellina, *il manifesto*, 5.11.75.

50 entfällt

te stärker „autonome“ Bestimmung der materialen Außenbeziehungen Italiens würde „eine Bedrohung für die Hegemonie des Marktes und der politischen Oberhoheit des nationalen und internationalen Kapitals“ (so Rowthorn/Nuti in der *Rinascita*) bedeuten: durch ihren gezielten Angriff gegen die produktivistische Ideologie, die Kriterien von Zahlungsbilanz, Produktivität, Nationaleinkommen als exklusive Maßstäbe für *wirtschaftliche* Entwicklung, deren Wachstum jedoch mit außerordentlich niedriger *gesellschaftlicher* Produktivität verbunden ist. Sie knüpft vielmehr an die Kämpfe der letzten Jahre an, orientiert sich an den Erfordernissen des Kampfes für Vollbeschäftigung sowie an der Ausweitung des Kampfes im Bereich der gesellschaftlichen Bedürfnisse (Schule, Gesundheit, Wohnen, Transport), der sozialen Investitionen und des Sozialkonsums, deren Inhalte, wie R.G./E.A. zutreffend bemerken, zwischen Arbeiterklasse und herrschendem Block „notwendig strittig bleiben“ (26, S. 87).

Nach allem bisher Gesagten ist die Forderung nach *Vollbeschäftigung*, die sich in die *egalitäre* Perspektive der vergangenen Kämpfe einreicht und sie fortsetzt, gerade unter den spezifischen Bedingungen der italienischen Krise und den spezifischen Krisenlösungsstrategien der DC ein radikaler Angriff auf die intendierten Restrukturierungsmaßnahmen des Kapitals, indem sie den spaltenden Tendenzen entgegenarbeitet, die durch die Krise Auftrieb erhalten: Sie weist in dem Maße, in dem sie mit den Bedingungen kapitalistischer Entwicklung in Italien nicht mehr *kompatibel* ist (51), über diese hinaus.

Diese nur äußerst verkürzt wiedergegebenen Vorstellungen und Überlegungen zu alternativen Krisenlösungsstrategien sollen in der Fortsetzung des Artikels erneut aufgegriffen und inhaltlich präzisiert werden. Ganz entscheidend ist in diesem Zusammenhang die sich verändernde Stellung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Phase der Klassenauseinandersetzung, die mit Beginn der KPI-Politik des „Nicht-Mißtrauens“ offen zutage trat und Mittelpunkt der Diskussionen auf den diesjährigen Gewerkschaftskongressen war (Juni/Juli). Schlagwortartig läßt sich dieser Dreh- und Angelpunkt für die derzeitige (und zukünftige) Entwicklung in Italien, auf den wir ebenfalls in der Fortsetzung ausführlich eingehen werden, Trentin folgend, umschreiben als die Infragestellung der traditionellen, noch vom bürgerlichen Politikverständnis geprägten Arbeits- und Aufgabenverteilung zwischen Gewerkschaften und Partei (s. Anm. 5, 6).

Die veränderte Stellung der Gewerkschaften innerhalb des „quadro politico“, eins der nachhaltigsten Ergebnisse der Klassenkämpfe in Italien, lenkt jedoch zunächst den Blick zurück auf das politische System selbst, d.h. auf die im wesentlichen unangetastet gebliebene „centralità democristiana“.

---

51 Zur Vollbeschäftigung als allenfalls Grenzfall für den italienischen Kapitalismus, für den die beständige Existenz einer industriellen Reservearmee zur *Normalität* gehört – auch in Phasen des Aufschwungs, vgl. auch A. Roemer, „Krise und Gewerkschaftspolitik in Italien“, in: *Prokla* Heft 19/20/21 (Okt. 75), S. 207 ff.

## „Centralità democristiana“

12. Die Strategie des ‚Historischen Kompromisses‘ wird im Artikel von R.G./E.A. mit verschiedenen Argumentationsgängen erläutert (oder, je nach Optik:begründet), die untereinander nicht immer in klarem Zusammenhang stehen (52). Auf das Argument vom drohenden ‚Faschismus ohne Massenbewegung‘ (26, S. 77, S. 107) sind wir bereits eingegangen. Daß die Gramsci-Togliatti-Tradition (auf deren apologetische Darstellung wir in einer Fortsetzung dieses Artikels eingehen wollen), also die Notwendigkeit eines Zusammengehens von katholischer, sozialistischer und kommunistischer Strömung der italienischen Tradition für einen ‚italienischen Weg zum Sozialismus‘ *allein* zur Erklärung des ‚Historischen Kompromisses‘ mit der christdemokratischen *Partei* nicht hinreicht, wird von den Autoren selbst anerkannt (26, S. 104). Aber es bleiben in ihrer Darstellung der KPI-Argumentation immer noch zwei Begründungszusammenhänge übrig:

a) die bereits zitierte These vom Widerspruch zwischen der DC als ‚forza popolare‘ und der DC als Klientel, zwischen der DC als antifaschistischer demokratischer Massenpartei und der DC als antidemokratischer Partei der Pfründe und Korruption, der in einer ‚zweiten Etappe der demokratischen und antifaschistischen Revolution‘ (Berlinguer) durch den demokratischen Konsens der Parteien des ‚Verfassungsboogens‘ aufgelöst werden könne;

b) die Hypothese vom ‚reformistischen Block‘: Klientilismus, Parasitentum, ‚Rente‘ des DC-Systems und des mit ihm verbundenen ‚alten Entwicklungsmodells‘ sind für den italienischen Kapitalismus *disfunktional* (geworden), der „Staatssektor ist . . . für die ökonomische Entwicklung (sans phrase) eher eine Last als eine produktive Voraussetzung“ (26, S. 88). Im Interesse der Beseitigung dieser Disfunktionalitäten können und müssen in der gegenwärtigen Phase „Arbeiterklasse, Mittelschichten und Teile des Kapitals“ (26, S. 78) in einem relativ breiten ‚reformistischen Block‘ zusammenkommen, der ein gemeinsames Interesse an Reformen hat, mit denen „auch die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung der Kapitalakkumulation zu schaffen versucht“ werden (ebenda). Ökonomisch laufen solche Reformen vor allem auf eine *Einschränkung unproduktiven Konsums* hinaus: „Nach der gängigen Vorstellung werden,“ – so skizziert Lucio Magri die Grundhypothese des ‚reformistischen Blocks‘ – „wenn man diese Vergeudungen und die Formen parasitärer Einkünfte komprimiert, Ressourcen freigesetzt, die ebenso der produktiven Arbeit wie dem Kapital zugute kommen.“ (53) Die *Einschränkung des parasitären Konsums* (und seit Januar dieses Jahres auch die im Zeichen der ‚austerità‘ von der Arbeiter-

---

52 Dies ist natürlich kein rein logisches Problem, sondern Ausdruck der unterschiedlichen Bedeutung, die dem ‚Historischen Kompromiß‘ von Seiten der jeweiligen KPI-Vertreter (oder, wenn man will: ‚Flügel‘) gegeben wird sowie der seit dem Erscheinen der berühmten Artikelserie Berlinguers über „Gedanken zu Italien nach den Ereignissen in Chile“ (Sept./Okt. 1973, dt. in *Berliner Extradienst-Extra Nr. 3*) veränderten italienischen und internationalen Situation.

53 „Spielraum und Rolle des Reformismus“, in: Rossanda/Magri u.a., „Der lange Marsch durch die Krise“, Frankfurt/M. 1976, S. 28.

klasse geforderten Konsumopfer! (54)) soll also – wie Claudio Napoleoni in seiner kritischen Diskussion des Austeritätsbegriffs schreibt – „zwei uralte Ziele der italienischen Gesellschaft vereinbar machen: Beschäftigungszunahme zur Absorption des gesamten Arbeitskräfteangebots in der Produktion, und Produktivitätszunahme, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können“ (55).

Da wir bereits dargestellt haben, inwieweit die aktuelle Deflationspolitik der Andreotti-Regierung – die bisher von der KPI zumindest (euphemistisch gesprochen) nicht verhindert wird – eher auf eine klassische Strategie des herrschenden Blocks hinausläuft, den Anschluß an die neue internationale Arbeitsteilung durch Reduktion des Konsums der arbeitenden Bevölkerung und Erhöhung der kapitalistischen Arbeitsproduktivität sowie durch vorrangige Orientierung auf die Exporte zu versuchen, soll im ff. der Begründungszusammenhang hinterfragt werden, mit dem R.G./E.A. ökonomisches und politisches System Italiens miteinander in Beziehung setzen (und der die Voraussetzung für die Triftigkeit des Disfunktionalitätsarguments (b) ist). Anders gesagt geht es um den Zusammenhang vom bisherigen ‚Entwicklungsmodell‘ und herrschendem Block, ob die A. die politische Zusammensetzung der herrschenden Klassen ausreichend und zutreffend bestimmt haben. Alle von R.G./E.A. herausgestellten Charakteristika der italienischen Nachkriegsentwicklung (26, S. 84-88) (56) können nämlich nur dann als Disfunktionalitäten des italienischen Kapitalismus interpretiert werden, wenn man sie am (abstrakten) Maßstab eines ‚funktionierenden Kapitalismus‘, eines ökonomischen ‚Gleichgewichts‘ von industrieller Produktion und produktiver Konsumtion mißt. Dies gilt *a fortiori* für die Hypothese, daß eine Beseitigung dieser Disfunktionalitäten auf der Basis einer großen Koalition der KPI mit der DC möglich sein soll, wie sie im ‚Historischen Kompromiß‘ anvisiert wird. Wir stoßen hier wieder auf die eingangs erwähnten Schwierigkeiten der westdeutschen marxistischen Diskussion, auf eine häufig anzutreffende Optik (die übrigens nicht zu trennen ist von dem vergleichsweise besser ‚funktionierenden‘ Kapitalismus in der BRD), die eine ‚objektive‘ Logik des Kapitals von Produktion und Reproduktion nur schwer mit nicht in dieses Modell eines ‚reinen Kapitalismus‘ passenden gesellschaftlichen Strukturen und politischen Mechanismen zu vermitteln vermag.

13. Die im ff. aus gebotener Kürze nur schematisch skizzierte Hypothese geht vielmehr davon aus, daß zwischen dem bisherigen ‚Entwicklungsmodell‘ des italienischen Kapitalismus und der politischen Zusammensetzung des um die DC gruppierten Machtblocks ein notwendiger Zusammenhang besteht: daß, anders gesagt, die Nachkriegsentwicklung Italiens nicht allein ‚objektiv‘ ökonomisch determiniert ist,

54 s. Berlinguers am 15. und 30. Januar vor Intellektuellen bzw. Arbeitern gehaltenen Reden in: Berlinguer, „Austerità occasione per trasformare l'Italia“, Roma (Ed. Riuniti) 1977.

55 C. Napoleoni, „Discutendo dell'austerità“, in: *Rinascità*, Nr. 4/77.

56 nämlich: „Scheitern“ der christdemokratischen Entwicklungspolitik im Süden; Druck auf die industriellen Profite, den die Bereicherung der DC-Klientel im Staatssektor darstelle; Eigengewicht des politischen Systems gegenüber den Akkumulationsbedingungen des Kapitals; Politik der ‚due tempi‘.

sondern ebenso Folge von *politischen* Entscheidungen der DC, die ihren Ausgangspunkt von der Strukturschwäche des italienischen Kapitalismus nahm, aber ein System politischer Macht entwickelt hat, das auch das ökonomische Profil Italiens *materiell* verändert hat.

Dies gilt insbesondere für den staatlichen Sektor (der etwa 40 % aller Unternehmen mit einer Produktion von mehr als 10 Mrd. Lire umfaßt und dessen Betriebe 1972 49 % der gesamten italienischen Industrieinvestitionen tätigten (57)) und die von 1951 bis 1972 von 4.6 % auf 8.2 % der Bevölkerung nahezu um das Doppelte gewachsenen öffentlichen Angestellten- und Funktionärsschichten, während im gleichen Zeitraum die Erwerbsquote von 42.0 % auf 35.8 % gesunken ist (58). Insbesondere in den Analysen Grazianis wird deutlich, daß die Aufblähung des staatlichen Sektors in der Nachkriegszeit eine präzise *Funktion* für die Entwicklung des italienischen Kapitalismus gehabt hat: „Als sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Linien für die ökonomische Entwicklung des Landes abzeichneten, entschied man sich nicht nur für eine zunehmende Eingliederung der italienischen Wirtschaft in den europäischen Kapitalismus . . . , sondern entschied sich ebenfalls für eine (v.a. exportorientierte, d.Vf.) Linie der Expansion, die weite Bereiche von Arbeitslosigkeit und tiefgreifende territoriale Ungleichgewichte beibehielt.“ (59) Der Grund liegt darin, daß das italienische Kapital nur aufgrund von im internationalen Vergleich niedrigen Löhnen konkurrenzfähig war. Die ererbte Arbeitslosigkeit vor allem im Mezzogiorno mußte also beibehalten werden und bildete eine Hauptursache für die substantielle Blockierung des Lohnniveaus in den 50er Jahren. Seit jener Zeit läßt sich die italienische Wirtschaftspolitik charakterisieren als „eine Politik, die gleichzeitig Industrialisierung und Arbeitslosigkeit anstrebte“ (Graziani, ebenda). Diese Politik konnte solange halbwegs funktionieren, wie der landwirtschaftliche Sektor und – danach – die Emigration einen Großteil der latenten und auf das Lohnniveau drückenden Arbeitslosigkeit zeitweilig absorbierte. Und – wie bekannt – hat das italienische Großkapital unter diesem lohnpolitischen Schutzschild der 50er Jahre zumindest in bestimmten Produktionsbereichen einen beträchtlichen technologischen Sprung finanzieren können, zu dem die westdeutschen Unternehmer erst mit dem Auftauchen der ‚Beschäftigungsgrenze‘ in den 60er Jahren gezwungen waren.

Die Funktion der von der DC betriebenen Aufblähung des staatlichen Sektors (der im ‚Centro Sinistra‘ noch um die Elektrizität erweitert wird) war also im wesentlichen die einer „Kontrolle der Arbeitslosigkeit“, der einzig kurzfristig vorstellbare Ausweg war der einer „Ausweitung der öffentlichen Ausgaben und des daraus folgenden Wachstums des tertiären Sektors“ (60). Gerade *weil* das italienische ‚Wirtschaftswunder‘ „niemals eine alle Schichten der Bevölkerung einbeziehende und da-

57 E. Krippendorff, „Abriss der Geschichte der politischen Ökonomie Italiens“, in: *Kritik der politischen Ökonomie*, Nr. 13, S. 18.

58 P. Sylos Labini, „Saggio sulle classi sociali“, a.a.O., S. 153 ff. (Die Erwerbsquote mißt natürlich nur die auf dem offiziellen Arbeitsmarkt auftauchenden Personen, nicht aber das Heer der verdeckten Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.)

59 A. Graziani, „L'autunno dei patriarchi“, *il manifesto*, 2.1.77.  
60 ebenda.

her nivellierende Wirkung“ hatte (26, S. 83), gewinnen staatlicher Sektor, „auch der parastaatliche Bereich, der das soziale Fürsorgesystem darstellt“ (26, S. 104) und der mit ihnen einhergehende Klientilismus ihre Funktion als „Verbreiter sozialen Friedens“ (Graziani). Man kann daher mit Pietro Ingrao davon sprechen, daß die DC „eine gleichzeitig die klassischen konservativen wie die sozialdemokratischen Parteien ersetzende . . . Kraft“ war (61), ein spezifisches Surrogat des in Nordeuropa u.a. durch die ‚Staatsfixiertheit‘ (62) der Arbeiterparteien mitgeprägten Sozialstaats, des unter Bedingungen wirtschaftlicher Prosperität entstandenen ‚Netzes der sozialen Sicherheit‘. Dies hat jedoch für die Bestimmung der DC als ‚forza popolare‘ entscheidende Konsequenzen: *Es ist dann nämlich kaum mehr möglich, den durch die Christdemokratie verkörperten Konsensus, der auch weite Schichten der subalternen Klassen mitumfaßt, von ihrer Funktion in der Verwaltung (und parasitären Aufblähung), der Staatsmacht, des öffentlichen Sektors zu trennen* (im Sinne des oben skizzierten Arguments (a) von R.G./E.A.).

### Staatsmacht und herrschender Block

14. Wenn nach Mario Tronti die Vermittlung innerhalb des herrschenden Blocks das eine Gesicht der Christdemokratie ist (wir kommen darauf zurück), „so ist ihr anderes Gesicht das Zustandebringen (aggregazione) des Konsensus um diesen Block. Und genau hier ist das *Spezifikum* der DC anzusiedeln“ (und, fügen wir hinzu, hierin u.a. liegt das Scheitern des wiederholten Versuchs der ‚laizistischen‘ Bourgeoisie begründet, einen zur DC alternativen ‚partito laico moderato‘ aufzubauen, s.o. Punkt 3). Tronti kommt damit zur Hypothese, „daß die Verwaltung der Macht nicht nur das Ziel darstellt, zu dessen Zweck dann der Konsensus, den sich die DC bereits im Lande erobert hatte, verwandt wurde: Die Macht stand auch am Ursprung des Konsensus selbst. Daß die DC eine ‚Volkspartei‘ („forza popolare“) sei, war in ihren Anfängen nur ein ideologisches Programm, mit der Eroberung, dem Aufbau, der Ausübung der Macht ist es zur praktischen Tatsache geworden.“ (63) Ein Grund mehr dafür, mit Erinnerungen an die Resistenza zur Begründung des ‚Historischen Kompromisses‘ vorsichtig zu sein.

Die politische Struktur des italienischen Kapitalismus hat also in den 50er und 60er Jahren als ‚DC-Staat‘ eine materiell-ökonomische Dimension angenommen und als Subsystem einen wahren Staatskapitalismus entwickelt (64) – „einen regelrechten bürokratischen Klientelblock mit eigener Machtvollkommenheit und eigener sozialer Basis im Kleinbürgertum“ (65) –, der auch in Italien vielfach (zunächst v.a.

61 Pietro Ingrao, „Caratteri dell'interclassismo della Democrazia cristiana“ in: ders., „Masse e potere“, Roma (Ed. Riuniti) 1977, S. 314.

62 s. die diesbezüglich von Bodo Zeuner in *Prokla* 26 aufgestellten Hypothesen.

63 Mario Tronti, „La DC: il partito della mediazione pura“, in: *Rinascita*, Nr. 49/77; vgl. auch P. Ingrao, „La Democrazia cristiana da De Gasperi a Fanfani“, in: ders., „Masse e potere“, a.a.O., S. 51-83.

64 s. den in Anm. 29 zitierten Artikel Parlatos.

65 G. Ruffolo, „Der neue Reformismus als Hummel“, in: „Der lange Marsch durch die Krise“, a.a.O., S. 89.

von sozialistischer Seite) (66) als *äußere Schranke* des industriellen Profits interpretiert worden ist. (Das ist der ricardianische Unterton, der bei der Kritik der christdemokratischen ‚Rente‘ immer mitschwingt . . .) So unbestreitbar diese These nun für *eine* Fraktion der herrschenden Klassen zutrifft, so sehr verkennt sie, in welchem Ausmaß auch die industrielle Akkumulation durch das christdemokratische Machtssystem überdeterminiert ist (67). Nach Aris Accornero hat dies für den italienischen Kapitalismus eine „*Umkehrung der Beziehungen* von Ökonomie und Politik“ zur Folge – „die Ökonomie als Subsystem der (Staats-)Macht“ (68). Dies kann hier nur äußerst schematisch angezeigt werden:

a) Die in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits in Form des „Kollateralismus“ der katholischen Assoziationen über den Faschismus hinweggerettete Hegemonie über weite Teile der *subalternen Klassen* v.a. im ländlichen Bereich und im traditionellen städtischen Kleinbürgertum, aber zunächst auch der katholischen Arbeitervereine und Gewerkschaft (nach P. Ingrao eine Art ‚imitation‘ des von der Arbeiterbewegung entwickelten Verhältnisses von gesellschaftlicher Organisation und politischer Partei (69)) wurde von der DC zunehmend auf den Staat übertragen (70). Das katholische Hinterland wurde nunmehr umgekehrt von seiten der Staatsmacht teils instrumentalisiert (71), teils – mit dem Exodus der Landbevölkerung – durch die Ausweitung der vom Staat politisch und ökonomisch (lohn-)abhängigen neuen Mittelschichten bzw. der Arbeitsplätze im staatlichen Wirtschaftssektor substituiert. Der so entstandene ‚neue Klientilismus‘ hat mit dem alten eher persönlich vermittelten Klientelsystem lokaler Notablen nur mehr wenig gemein (72). Eher ist er Frucht einer von A. Gramsci bereits in den 30er Jahren als Tendenz entwickelter Kapitalismen analysierten ‚Ausweitung‘ und ‚Verlagerung‘ des Staates in die bürgerliche Gesellschaft hinein, eine Verlagerung, die unter bürgerlicher Hegemonie eo ipso seine ‚Korporativierung‘ bedeutet (73): Diese hat im italienischen Kapitalismus die spezifische Form der christdemokratischen ‚regierenden Klasse‘ angenommen (74).

b) Diese extrem verknappten Thesen – eher vorläufige Hypothesen für eine genauere Untersuchung der Zusammensetzung des um (und durch) die DC organisierten Konsensus als fertige Untersuchungsergebnisse! – sollen natürlich nicht die falsche

- 66 z.B. die zitierten Arbeiten von G. Ruffolo; P. Sylos-Labini; G. Galli (zitiert bei Sylos-Labini, a.a.O., S. 121); G. Tamburrano z.B. in seinem Diskussionsbeitrag in *il manifesto*, 24.11.74 (s.a. R.G./E.A. 26, Anm. 21).
- 67 „Es gibt kein Entwicklungsmodell, das nicht gleichzeitig einen Mechanismus politischer Führung darstellt“, M. Tronti, *Rinascita* Nr. 30/76.
- 68 A. Accornero, „Il modello di inviluppo“, *Rinascita* Nr. 49/76.
- 69 „La DC da De Gasperi a Fanfani“, a.a.O., S. 58-61; vgl. auch M. Tronti, „Lo Stato e il partito di massa“, *Rinascita*, Nr. 7/75.
- 70 s. G. Chiarante, „Il rapporto della DC con la società italiana“, *Rinascita*, Nr. 28/77: so wie die zitierten Arbeiten von Ingrao und Tronti.
- 71 im Gegensatz zu den Interessen des Vatikans; s. die in Anm. 26 zitierte Arbeit Scoppolas.
- 72 Ingrao, „Caratteri dell'interclassismo. . .“, S. 329 ff.
- 73 a.a.O.; vgl. auch die diesbezüglichen Thesen Nicola Badalonis in der *Unita*, 30.6.77.
- 74 Donolo, „Mutamento o transizione. . .“, a.a.O., S. 58 ff., spricht von einer ‚*classe di regime*‘, um anzuzeigen, daß es sich um ein spezifisches Produkt der Beziehung von ungleichmäßiger kapitalistischer Entwicklung und DC-Regime handelt.

Charakterisierung des christdemokratischen ‚Parasitismus‘ als bloß äußerer Bremse des italienischen Kapitalismus durch eine nicht minder falsche Reduktion des italienischen Kapitalismus auf Klientelsystem und staatliche Pfründe ersetzen. Das System der politischen Macht in Italien, die unangefochtene Hegemonie der DC *innerhalb* der herrschenden Klassen ruht nämlich ebenfalls auf ihrer Funktion, die in wesentlichen Fragen divergierenden ‚ökonomisch-korporativen‘ (Gramsci) Interessen und auch politischen Strategien verschiedener herrschender Fraktionen unter einen Hut zu bringen. In dieser Funktion der *Herstellung der Einheit des herrschenden Blocks* besteht, wie Gramsci als erster analysiert hat, eine zweite wesentliche Bestimmung des Staates im entwickelten Kapitalismus. Diese Einheit ergibt sich keineswegs selbstverständlich aus einem selbstregulativen ökonomischen Mechanismus: In Italien ist sie in den letzten Jahren aufgrund der Umstrukturierung der internationalen Arbeitsteilung und des Aufschwungs der Arbeiterkämpfe zunehmend prekärer geworden, so daß die aktuelle Politik der Andreotti-Regierung (ökonomische ‚stangata‘ und politische Normalisierung) allenfalls den kleinsten gemeinsamen Nenner für gegensätzliche Strategien verschiedener Fraktionen des herrschenden Blocks darstellt (75). Mit wiederum v.a. der Kürze geschuldetem Schematismus (76) kann man nach Graziani zwei Fraktionen des Großkapitals unterscheiden:

- auf der einen Seite die ‚laizistische‘ klassische industrielle Bourgeoisie mit stark arbeitsintensiver Produktion (z.B. Automobilindustrie, elektrische Haushaltsgeräte. . .), die mit nunmehr geschwächter Weltmarktposition eine Strategie der Konsolidierung verfolgt und für die sich das Verhältnis zur Arbeiterklasse daher als Verhältnis zu den *beschäftigten* Arbeitern stellt; sie sucht Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Kompromisse mit den Arbeiterparteien sowie ein Mitbestimmungsmodell nach westdeutschem Muster und versucht gleichzeitig eine Spaltung der Beschäftigten v. a. in die Fabrikarbeiter der großen Konzentrationen und die in Mittel- und Kleinunternehmen sowie Heimproduktion verteilten Arbeiter (77) (s.a. die Ausführung zur Dezentralisierung bestimmter Produktionszweige bei R.G./E.A. 26, S. 85 f.);
- auf der anderen Seite stehend v.a. die staatliche Schwerindustrie (Eisen/Stahl, Chemie, Petrochemie), das Finanzkapital und die unter seiner Kontrolle stehenden Sektoren (z.B. agro-alimentare Industrie) mit hoher organischer Zusammensetzung und geringer Beschäftigtenzahl, die für eine autoritäre Politik der Härte gegenüber der Arbeiterbewegung eintreten und die ‚Strategie der Spannungen‘ fördern: für sie ist die Entwicklung und Ausweitung der Produktion keineswegs Entwicklung der Beschäftigung, da hier die Arbeiterklasse *innerhalb* des Produktionsprozesses nur in äußerst beschränkter Zahl anwesend ist – s. die berühmten ‚Kathedralen in der Wüste‘ – das Problem besteht eher darin, *sie woanders anzu-*

75 s. ausführlich A. Graziani, „La strategia della divisione“, a.a.O.

76 für eine weitergehende Kritik an der hier vorgenommenen Vereinfachung, s. Michele Salvati, „Paura dell’industrializzazione o paura delle riforme?“, in: *Quaderni piacentini*, a. XIV, N.57 (nov. 75), v.a. S. 54 ff.; s. auch seinen in *Prokla* 4 (Sept. 72) übersetzten Aufsatz zum „Ursprung der gegenwärtigen Krise in Italien“, S. 2 - 37.

77 vgl. auch B. Trentin (s. Anm. 5), S. XX ff.

*siedeln*, sie in den städtischen Agglomerationen zu marginalisieren (78) oder in Händler, Angestellte, Funktionäre, kleine Bürokraten zu verwandeln und sich dadurch gleichzeitig Zugang zu den öffentlichen Finanzquellen zu verschaffen: der Mezzogiorno ist in der zweiten Hälfte der 60er Jahre mit der Verlagerung dynamischer (arbeitsplatzarmer) Industrien somit zunehmend von einer primär politischen zu einer darüberhinaus ökonomischen Ressource gewaltiger Finanzvolumen geworden (außerordentliche staatliche Investitionen, Boden- und Bauspekulation) (79), so daß es zumindest problematisch ist, vom „Scheitern“ der ‚Cassa per il Mezzogiorno‘ zu sprechen (26, S. 84).

Der wesentliche ökonomische Mechanismus sowohl der Vermittlung zwischen den verschiedenen Fraktionen des herrschenden Blocks als auch der Organisation des ‚neuen Klientilismus‘ ist nach Accornero (s. Anm. 68) das Kreditsystem, das Anfang der 60er Jahre – symbolisiert durch die Fusion Montecatini-Edison – definitiv von der DC erobert worden sei. Das Finanzsystem wird damit zum „privilegierten Ort der politischen Macht“ ebenso wie zum „Kompensationsraum der sich innerhalb der herrschenden Klasse entwickelnden Konflikte“ (ebenda).

15. Die Frage nach der (Dis-)Funktion des staatlichen ‚Parasitismus‘ läßt sich mithin nicht einsinnig beantworten. Neben die Analyse der industriellen Akkumulation muß eine Analyse des ‚politischen Mehrwerts‘ (Accornero) treten, den die DC aus diesem ‚Machtmodell‘ – und seiner Verschränkung mit dem bisherigen ‚Entwicklungsmodell‘ – zieht (80). Zunächst hat der Prozeß des Wachstums unproduktiver staatlicher Bürokratie die kapitalistische Entwicklung Italiens nicht nur politisch begleitet, sondern auch über einen Prozeß staatlicher Stützung von (politisch kontrollierter) Nachfrage ökonomisch gefördert. In der Periode jedoch (1969-72), wo sich die internen und internationalen Bedingungen, die eine beschleunigte Akkumulation begünstigten, erschöpfen, verschärfen sich unter dem Aufschwung der Klassenkämpfe auch die Widersprüche innerhalb des herrschenden Blocks, werden staatliche ‚Vergeudung‘ (nicht-reproduktiver Konsum) von den ‚laizistischen‘ Flügeln der herrschenden Klasse (s.o.) zunehmend als Last empfunden. Gerade in jener Periode akuter Systemkrise aber stabilisiert sich das christdemokratische Regime als ‚regierende Klasse‘ (s. Anm. 74), da es zur Aufrechterhaltung des *gesamten* herrschenden Blocks unentbehrlich geworden ist. „Ohne politische Vermittlung ist keine kapitalistische Struktur mehr funktionsfähig“ (Tronti); ohne ‚centralità democristiana‘ ließe sich die aktuelle Deflationspolitik nicht durchführen. In diesem Sinne kann die Aussage, „daß der ‚Knoten‘ der italienischen Krise tatsächlich im wesentlichen ein politischer, keineswegs aber nur ein ökonomischer ist“ (R.G./E.A. 26, S. 91), nur unterstrichen werden.

- 
- 78 s. C. Donolo, „Ungleichmäßige Entwicklung und Auflösung gesellschaftlicher Strukturen“, *Internationale Marxistische Diskussion* 47, Westberlin 1974.  
 79 s. C. Donolo, „Crisi organica e questione meridionale“, in: *Quaderni Piacentini*, a. XIV, N. 55 (maggio 75), S. 49 ff.  
 80 zum ff. s. Donolo, „Mutamento . . .“, a.a.O., S. 57-61, S. 93-104 u. passim.

## (Statt eines Ausblicks)

Da wir auf die italienische Linke in der Fortsetzung ausführlicher eingehen wollen, folgen hier nur einige *Fragen*, die die jüngste Entwicklung aufwirft:

– Läßt sich die Ausgangshypothese des ‚Historischen Kompromisses‘, die DC sei „Partei der katholischen Strömung“ (26, S. 104) des italienischen Volkes, überhaupt aufrechterhalten? Bedeutet nicht die aktuelle Praxis begrenzter Abkommen von KPI und DC, „daß die KPI nicht mehr so sehr auf den Bereich der katholischen Volkstradition als Element für fortschrittliche und antifaschistische Übereinkünfte abzielt als vielmehr auf die DC als Machtsystem“ (81)?

– Wenn arbeitsplatzschaffende *und* gesellschaftlich nützliche öffentliche Investitionen nur mit einem gleichzeitigen Angriff auf die Selbsterhaltungslogik der staatlichen ‚Klientel‘ und die Profitlogik des industriellen Kapitals zu stimuli einer neuartigen wirtschaftlichen Entwicklung werden können, welche *konkreten* Fortschritte hat die Annäherung der KPI an den Regierungsbereich in dieser Hinsicht bisher gebracht? Läuft ihre (noch) vorherrschende Politik einer ‚Zurückschraubung des Anspruchsniveaus‘ wirtschaftspolitisch nicht gleichzeitig darauf hinaus, „daß die KPI einen Kompromiß ohne Kompromisse will und sich mit salomonischem Gleichmut auf halbem Wege zwischen den Patriarchen der ‚laizistischen‘ Industrie und den Staatspatriarchen niederlassen will“? (82)

– Das politische System Italiens nach den letzten Wahlen ist Resultat der Entwicklung zweier *Massenparteien*, die beide (für unterschiedliche gesellschaftliche Blöcke) in der Lage sind, den Konsensus verschiedener sozialer Kräfte und Interessen aktiv zu organisieren und eine Verbindung von gesellschaftlicher Organisation und staatlichem System herzustellen: die DC organisiert den Konsensus auf der Grundlage *staatlicher Macht*, die Massenpartei KPI ist in der Nachkriegszeit kontinuierlich gewachsen durch ihre Fähigkeit, auf der Grundlage der *Klassenbewegung* und des Kampfes für die *Demokratisierung* des Staatswesens Konsensus zu organisieren. Läßt sich die Stabilisierung des politischen Systems, wie sie von der KPI (noch) angestrebt wird, verwirklichen, ohne die Klassenbewegung *und* demokratische Freiräume einzuschränken?

– Diese Frage gilt nicht nur dem Verhältnis von KPI und Gewerkschaftsbewegung, sondern auch dem ‚ordine pubblico‘, der öffentlichen Sicherheit, die zum privilegierten Terrain der Verhandlungen um den „programmatischen Pakt“ geworden ist. (Dessen erster Punkt sieht u.a. Zugeständnisse und Blankovollmachten für die Polizei bei der Terrorismusbekämpfung und eine Legalisierung der ‚Vorbeugehaft‘ vor, während die KPI ihre Position der Einbindung der Polizeigewerkschaft in die CGIL/CISL/UIL nicht hat durchsetzen können . . .) Die KPI hat in langjährigen Kämpfen demokratische und gesellschaftliche Freiräume geschaffen, die seit 1968 von verschiedensten – in Zeiten gesellschaftlicher Krise *notwendig heterogenen* – gesellschaftlichen und Freiheitsbewegungen ausgefüllt worden sind: Dazu gehören nicht nur die Frauenbewegung, die sich erst in den letzten Jahren als eigenständiges so-

81 Donolo, „Mutamento . . .“, a.a.O., S. 89.

82 Graziani, *il manifesto*, 2.1.77.

ziales Subjekt behauptende Jugendbewegung (83), die Selbstorganisationsformen von Arbeitslosen und die im Februar explodierenden Widersprüche der ‚neuen Studentenbewegung‘ (84), sondern auch die in den spezifischen Institutionen als ‚Arbeitsfeldern‘ arbeitenden anti-institutionellen Bewegungen wie magistratura democratica, psichiatria democratica, medicina democratica und auch libertäre Strömungen, die z.T. mit der Radikalen Partei verbunden sind oder in der Bewegung für Referenden für Abschaffung von noch aus faschistischer Zeit stammenden Gesetzeskodices arbeiten . . . (Diese Bewegungen spiegeln sich nur verzerrt in der Presse – auch der *Unita* – wider, so daß es fragwürdig ist, ihre Charakterisierung, wie R.G./E.A. 27, S. 107, Anm. 11, offenkundig aus *Panorama* o.ä. zu übernehmen; sie schaffen sich ihre eigenen, eher ‚subkulturellen‘ Ausdrucksformen wie z.B. die freien Radiostationen.) Wenn nun die KPI in dem Moment, wo es ihr nicht mehr gelingt, diese Bewegungen und ihre „Forderungen auf unterschiedlichen Ebenen, von rein korporativen Forderungen bis hin zu Forderungen, die die traditionellen Strukturen, die Daseinsformen und Verhaltensweisen der ‚societa civile‘ betreffen“ (85), zu hegemonisieren, die Auseinandersetzung mit dieser *neuen* gesellschaftlichen Realität vorrangig im Sinne der Verteidigung der – wie es neuerdings heißt – *demokratischen* öffentlichen Ordnung führt, d.h. der Polizei überläßt oder Demonstrationen ‚gegen die Gewalt‘, nicht aber gegen die Vorbeugehaft veranstaltet . . . , dann scheint hier (wie der Skeptizismus auch vieler KPI-Genossen beweist) einiges von ‚68‘, von einer fruchtbaren, wenn auch schwierigen Kommunikation der KPI mit der Neuen Linken und allen antikapitalistischen Bewegungen kaputt zu gehen.

– In diesem Zusammenhang gewinnt die strategische Diskussion über das Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Staat, auf die wir im zweiten Teil eingehen wollen, eine neue Wertigkeit. Genossen der Neuen Linken befürchten, daß sich die von Togliatti angestrebte ‚organisierte Demokratie‘ in den Absprachen von KPI und DC zu einer neuen Form ‚autoritärer Demokratie‘ mutiert (86). Aber müßte sich dann nicht auch die KPI verändern, Elemente einer ‚Regime-Partei‘ aufnehmen? (In diese Richtung weisen z.B. die neueren Thesen von Mario Tronti, die ‚Autonomie des Politischen‘, die – wie wir gezeigt haben – durchaus den Charakteristika des christdemokratischen Staates nahekommt, der Arbeiterbewegung als strategische Maxime vorzuschlagen (87)). Der kommunistische Parlamentsabgeordnete von Venedig, Massimo Cacciari, hat jüngst – sehr verschlüsselt – in einer Diskussion über die Krise der marxistischen Theorie an die ‚Tragödie von Weimar‘ erinnert: „Auch die ‚fortgeschrittenste‘ Demokratie, wenn sie sich darauf beschränkt, der Wirklichkeit wie ein Schatten zu folgen, endet damit, sich in einen Schatten von Demokratie zu ver-

83 s. die Beiträge in den Nr. 2 und 3 (Jg. 77) der vom PdUP/Manifesto herausgegebenen Zeitschrift *Transizione*.

84 vgl. Thomas Bieling, „Acht Tage im roten Bologna. Die italienische Studentenbewegung in einer von Kommunisten regierten Stadt“, Juni 77 (bisher leider noch nicht veröffentlicht).

85 Aldo Natoli im Anm. 19 zit. Interview.

86 s. Frederico Stame: „Democrazia autoritaria e movimenti di liberta“, in: *Quaderni Piacentini*, a. XIV, N. 62-63 (aprile 77), S. 3 - 21; ders., „Le seduzioni della Democrazia autoritaria“, in: *Quaderni Piacentini*, a. XVI, N. 64 (luglio 77), S. 3 - 12.

87 s. Mario Tronti, „Sull'autonomia dell'politico“, Milano (Feltrinelli) 1977.